
Nummer 22, Januar 1994



Das Trendmagazin
für modebewußte Autonome

Aus dem Inhalt:
Dokumentation des Hungerstreiks der Flüchtlinge,
Verbot der PKK,
Kalter Kaffee,
...Termine







Das Info aus der Flora

Nummer 22, Januar 1994

V.i.S.d.P.: F.Lora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

Inhalt:

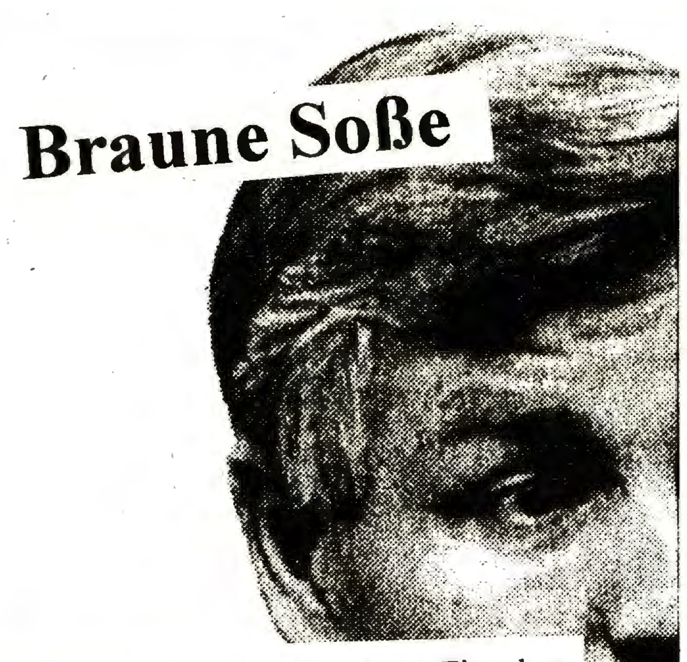
3. Braune Soße
4. Chronologie und Dokumentation zu dem Hungerstreik der Flüchtlinge 11.-21.12.93
7. Fleischbeschau in der AusländerInnenbehörde
8. Gerhofstraßenprozeß, Infos zu den inhaftierten Berliner AntifaschistInnen
9. Türkisches Flugblatt zu Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan ve Bahrettin.
10. FAP-Prozeß
11. Zum Verbot der PKK, ERNK und kurdischer Vereine. Hungerstreikerklärung von KurdInnen aus Hamburg
13. Hafenstraße hat etwas zu sagen
15. Hausbesetzung in Ottensen
16. CDU-Veranstaltung zur 'Verslumung in Altona' verhindert
17. Zur Demo gegen den Hotelbau Feldstraße
18. Kalter Kaffee im Döse?
20. Infoladen in Stuttgart durchsucht
21. Kieler AntifaschistInnen verhinderten REP-Versammlung
23. Termine
24. Flora Förderverein

Titelfoto von M. Stroux, alle anderen Fotos vom Fotoarchiv.

KONTAKT:
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg
Namentlich und mit *** gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

EIGENTUMSVORBEHALT:
Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.





Braune Soße

Viele Worte müssen zu Voscheraus Ein.- bzw. Ausfällen zur angeblich "notwendigen Verhinderung" einer Ghettoisierung von Stadtteilen eigentlich nicht gemacht werden: "Wenn sie zum Beispiel in einem Stadtteil 50% oder mehr Ausländer haben, muß es möglich sein, zu sagen, jetzt ist Schluß." (...) "Ich sage nicht, das Boot ist voll. Aber in Wilhelmsburg ist es voll." Henning Voscherau übt. Denn 1994 ist Wahlkampfjahr. Und Henning Voscherau ist Kandidat für das Amt des Bundesinnenministers unter einem Bundeskanzler Scharping. Also muß er üben und das tut er doch gar nicht schlecht, denn Klassenziel ist es, sich rechte und rassistische Inhalte und Parolen zu eigen zu machen; den rechten Rand nicht den rechtsextremen Parteien überlassen, nennt sich das im Jargon der Wahlkampfstrategen.
Der Brandstifter in der Maske des Biedermannes: 'Ich sage nicht, Ausländer raus, aber ich meine es.' Auf diese handliche Formel läßt sich Henning Voscheraus inhaltliche Absicht bringen. Daß er natürlich auch noch die "sozial Schwachen" meint, die ebenfalls für die Existenz von "sozialen Brennpunkten" verantwortlich seien, hält Voscherau auch noch für eine Entschuldigung, er habe das mit den Ausländern doch gar nicht so gemeint.

Jedenfalls übt Henning Voscherau: er wirft mal einem Gedanken in die öffentliche Diskussion, sein Zielpublikum versteht ihn dann schon ('Seht, sogar der Bürgermeister hat endlich eingesehen, daß "diese" Zustände beseitigt werden müssen...!'), seine drei Tage später dahingenuschelte Relativierung, die eigentlich gar keine ist, wird kaum wahrgenommen. So "besetzt" man in der Politik Themen. Heute noch übungshalber.

Was in der öffentlichen Diskussion um Voscheraus Wahlkampfübungen ein wenig untergegangen ist, ist die Tatsache, daß die Textvorlage bereits seit 4 Jahren besteht. Schon im Senatspapier " Notwendige Verstärkung der Stadterneuerung im Gebiet der westlichen innneren Stadt (WIS)" von 1989 hieß es unter anderem:
"Nur mit erheblichen Anstrengungen (...) wird es gelingen, im für Hamburg bedeutenden und zentralen Stadtgebiet eine Konzentration von sozialen Problemen zu verhindern" (...)
Ein Verzicht auf die Verstärkung der Stadterneuerung hätte zur Folge, *"daß auftretenden baulichen und sozialen Problemen nicht in genügendem Maße entgegengewirkt werden könne."*
Zur Bevölkerungsstruktur hieß es im WIS-Papier, sie zeichne sich unter anderem durch einen hohen Anteil von AusländerInnen, ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen und einen überdurchschnittlichen Anteil von Sozial- und WohngeldempfängerInnen aus. Schuldig geblieben war das Papier die Antwort, wie mit den Mitteln der Stadterneuerungen soziale Probleme gelöst werden sollen, wenn nicht - in letzter Konsequenz - durch Verdrängung.
Deutlicher wurde dann ja die STEG im Februar 1993 (siehe auch Zeck Nr. 12), die erklärte: " *Marode Bausubstanz vieler Häuser, Verkehrsprobleme und ein überdurchschnittlich hoher Ausländeranteil sind einige Charakteristika, mit denen man das Viertel beschreiben kann.* " Am Ende der Untersuchung resümiert die STEG dann: " *Flankierend sollte hier ein Zuzugsstop sozial Schwacher für alle sozialen Brennpunkte politisch angestrebt werden. (...) Die Ausgrenzung einzelner hier lebender Bevölkerungsgruppen kann in keinem Fall auch nur ein Bruchteil einer Lösung sein... .* " Aber das hätte wohl ein Anfang sein können, wenn nicht der Druck der Strasse die "schönen" STEG-Überlegungen zunichte gemacht hätte.
Während Henning Voscherau also rein wahlkampfmäßig noch übt, werden seine Ideen innerhalb des Verwaltunsapparates schon lange ernsthaft konzeptionell in die Arbeit integriert. Dort ist die Übung schon lange der Ernstfall, und es ist ein offenes Geheimnis, daß SAGA oder GWG schon lange intern die "bezirksübergreifende Wohnraumversorgung von Ausländern" praktizieren, die Voscherau erst noch installieren möchte.
Die rassistische Sozial- und Bevölkerungspolitik ist eine Praxis, die es gibt und die nur mal endlich zur Kenntnis genommen werden muß. Die öffentliche Akzeptanz dafür fehlt allerdings noch. Henning Voscherau hat sich dafür jetzt ins Zeug gelegt: ernsthaft!

***

Kacken gehen!





Das Info aus der Flora

Nummer 22, Januar 1994

Chronologie und Dokumentation zu dem Hungerstreik der Flüchtlinge 11.12.93 - 21.12.93

Zur Vorgeschichte: Wegen der massiven Abschiebungen in Hamburg haben sich Flüchtlinge aus verschiedenen Unterkünften mehrere Male getroffen um dagegen gemeinsam aktiv zu werden. Daraus entstand der gemeinsame Aufruf zu Kundgebung vor den Schiffen in Neumühlen -HH.

Samstag 11.12:
Aufruf der Flüchtlinge zur Kundgebung am 11. Dez. 93

Doku des Aufrufs

An alle Menschen!

Wir, die Flüchtlinge in Deutschland und speziell hier in Hamburg, wenden uns an Euch mit der Bitte, uns, in unserem Kampf gegen den verschleierten Nazismus des Deutschen Staates mit seinen rassistischen und antidemokratischen Gesetzen, zu unterstützen. Diese Gesetze sind mörderisch und ihre Anwendung ist schändlich und unmoralisch. Wir Flüchtlinge hier werden wie Gefangene gehalten: auf den Wohnschiffen in Neumühlen und in einigen Lagern werden wir beim Betreten kontrolliert: wir haben keine Möglichkeiten, uns unser Essen selbst zu kochen. Wir treffen auch auf rassistische Einstellungen auf Seiten der Sozialbehörden und im Arbeitsamt. In unseren Heimatländern mußten wir fliehen aus Angst um unser Leben - und hier fühlen wir uns nun ebenso bedroht.

Der Deutsche Staat respektiert nicht einmal die Genfer Konvention: Er bedient sich seiner Gesetze, um uns Flüchtlinge abzuschieben in unsere Heimatländer ohne Rücksicht auf die Zustände dort.
Der Staat betrachtet uns als Ungeziefer ohne Rechte. Angesichts dieser Situation, die unser Leben gefährlich bedroht, haben wir beschlossen, folgende Rechte einzuklagen .

- **Stop der Abschiebungen der Flüchtlinge in ihre Heimatländer**
- **Freizügigkeit für die Flüchtlinge in allen deutschen Bundesländern**
- **Freie Wahl des Wohnortes für alle Flüchtlinge**
- **Schluß mit der Unterbringung der Flüchtlinge auf Wohnschiffen**

Freunde und Freundinnen, Unterstützer und UnterstützerInnen, niemand hat das Recht, sich seiner Pflicht zu entziehen, für die Menschenrechte einzutreten. Flüchtlinge, wir haben kein Recht, uns diesem Kampf zu entziehen, denn niemand kann an unserer Stelle kämpfen.

Die Flüchtlinge

An der Kundgebung haben sich am Samstag ca. 200 Flüchtlinge und UnterstützerInnen beteiligt. Gleichzeitig sind auf den Schiffen ca. 5o Flüchtlinge in den Hungerstreik getreten. Dazu gaben die Flüchtlinge nachfolgende **Erklärung** ab:

Um unsere Forderungen durchzusetzen, haben wir am 11. Dezember 1993 einen Hungerstreik begonnen.
Wir hoffen viele Menschen hören unseren Aufschrei und unterstützen uns !!!
Unser Hungerstreik richtet sich gegen die unmenschlichen Gesetze, die die BRD gegen uns Flüchtlinge anwendet.

- Der **deutsche Staat** weiß genau um unsere Probleme in unseren Heimatländern und kennt unsere Fluchtgründe.
- Wir stellen fest: **trotz Kenntnis** der Situation in den Herkunftsländern, **werden die Fluchtgründe in den Asylverfahren nicht anerkannt.**
- Wir Flüchtlinge haben diesen Hungerstreik **mit dem Ziel** begonnen, solange zu streiken, **bis die unmenschlichen Gesetze geändert sind".**

Schon während der Kundgebung wurde das Besuchsrecht auf einigen Schiffen außer Kraft gesetzt. Nach der Kundgebung gab es eine gemeinsame Demo zum Volkshaus, wo gemeinsam weiter diskutiert wurde. Wegen der Polizeipräsenz und weil die Flüchtlinge auf den Schiffen keine Kommunikationsmittel nach draußen haben, wurde mit Nachtwachen begonnen.

Sonntag 12.12.:
Kantinenbesetzung durch die Hungerstreikenden, dort haben sie mit den anderen Flüchtlingen diskutiert. Pressekonferenz 15 Uhr, die Presse wird nicht an Bord gelassen. Den Flüchtlingen wird außergewöhnlich gutes Essen angeboten
Montag 13.12.:
Die Flüchtlinge veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung:

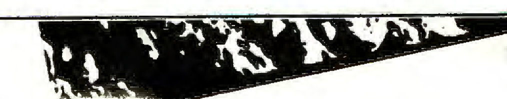
<u>Die wichtigsten Punkte zu unserer Situation</u>

1. Wir werden abgeschoben, obwohl die Verantwortlichen wissen, daß die politische Situation in unseren Ländern, mit der wir konfrontiert werden, für uns lebensbedrohlich ist.
2. Wir werden menschenunwürdig behandelt, innerhalb der Schiffe, beim Sozialamt und besonders bei der Ausländerbehörde.
3. **Wir fragen:** Warum wird den Presseleuten nicht erlaubt, zu uns zu kommen, aber gleichzeitig darf die Polizei unbehelligt auf die Schiffe kommen, obwohl alle wissen, daß wir nichts anderes machen, als für unsere Rechte zu kämpfen.
4. **Solange diese ungerechten Beschlüsse und deren Umsetzung nicht zurückgenommen werden, ziehen wir es vor hier zu sterben.**

<u>Wir kämpfen:</u>
- gegen die Abschiebungen
- gegen das neue Asylgesetz, welches unser Selbstverständnis bricht
- gegen die schlechten Unterbringungsbedingungen
- gegen die Verteilung in andere Bundesländer, in denen unser Leben gefährdet ist
- gegen die Verhaftungen (z.B. "wegen Verstoßes gegen Aufenthaltsbestimmungen" usw.)
- für den sofortigen freien Zugang der Presse und der BesucherInnen

Im Namen der beteiligten Flüchtlinge (unterschiedlicher Nationen), die entschlossen sind bis zum Tode.







Die Bordkarten der Hungerstreikenden werden fotokopiert. Die Essensausgabe wird wegen der Kantinenbesetzung in einen anderen Raum verlegt.
-Presseerklärung der GAL

Dienstag 14.12.:
Verhandlungen zwischen den hungerstreikenden Flüchtlingen und Vertretern der verantwortlichen Behörden. Beteiligt waren **ca. 30 Flüchtlinge(Fl)** und auf Behördenseite: Herr **Bösenberg(B)** Leiter der Hamburger Außenstelle des Bundesamtes für Flüchtlinge, Herr **Nautsch(N)**, vom Amt für Pflegen und Wohnen (hat Hausrecht auf den Schiffen), Herr **Norton**, Leiter des Schiffes, Anna **Bruns**, GAL Fraktion, Sozialarbeiterin auf dem Schiff, insgesamt noch 3 andere Personen und Dolmetscher.

Auszüge aus dem Gedächnisprotokoll:

1. *Verhandlungsrunde*

N.: Euer Anliegen ist uns bekannt. Wir wollen noch heute Eure Situation auflösen. (...) Wir wollen mit Euch über Eure individuelle Situation reden. Davor wird Herr Bosenberg,(...) Euch über Eure Rechte informieren.

B.: Ich begrüße Euch im Namen meiner Behörde. (...) Ich gehe davon aus, daß Ihr interviewt (verhört) wurdet. Bei der Anhörung wurde auf Eure Situation ausführlich eingegangen...Kann ich davon ausgehen?

Fl.: *Unser Problem, mit dem wir konfrontiert sind, ist die Abschiebung. Abschiebung in unsere Heimatländer bedeutet für uns Folter und Tod. Das ist unser Problem.*

B.: Meine Behörde ist verpflichtet, der Gesetzgebung zufolgen. Die Betroffenen werden angehört, um zu entscheiden, ob ihr ein Recht auf Asyl habt. Demnach kann nur nach Eurer Aussage entschieden werden. (...).

Fl.: *Wir wollen als Gruppe sprechen, und nicht als Einzelpersonen behandelt werden. Wir wollen über politische und juristische Fragen sprechen, warum Deutschland uns abschiebt. Das Asylgesetz soll doch Menschen schützen! Aber in der Praxis sehen und erleben wir, daß wir nicht geschützt werden.*

B.: Der Gesetzgeber hat zum Schutz der Flüchtlinge eingeräumt, daß jeder klagen kann. Ein unabhängiger Richter prüft, ob in Euren Verfahren Fehler gemacht wurden. Ihr könnt bei diesem Richter klagen. Nur deshalb schlagen wir vor, daß bei jedem einzeln noch einmal geprüft werden soll, und nicht, um Euch auseinanderzudividieren.(...)
Ich kann dafür sorgen, daß ihr individuell behandelt werdet, aber ich kann nicht die politische Situation in Deutschland ändern. Die Gesetze werden im Bundestag beschlossen, ich habe darauf keinen Einfluß.

Fl.: *Das Asylgesetz ist hier nicht gerecht. z.B.: unsere Asylverfahren werden nach 3 Monaten abgelehnt, Freunde von uns werden beim Gang zur Ausländerbehörde festgenommen und sofort abgeschoben. Das Gesetz verstehen wir nicht. Warum werden wir so schnell abgeschoben, ohne daß auf unsere Fluchtgründe eingegangen wird.*

B.: Das kann ich erklären. Die Gesetzgebung wollte einen Teil der Fälle schnell verarbeiten, (...). Wenn von Euch eine genauere Prüfung gefordert wird, wird dies auch durchgeführt. Die Gesetzgebung hat verschiedene Verfahren für unterschiedliche Situationen. Danach wird auch vorgegangen.

Fl.: *Bei einer Flucht geht es uns darum, so schnell wie möglich das Land zu verlassen, weil uns Gefahr für Leib und Leben droht. Wenn wir schon hier sind, fühlen wir uns wie Fremde. Wie können wir bei der Anhörung ausführliche Beweise vorlegen, wenn wir gleich in 2 Wochen abgeschoben werden?*
Wie können wir uns in dieser kurzen Zeit ohne Anwalt, Geld und Dolmetscher auf das Verfahren vorbereiten. Wie können wir in eine Frist von 7 Tagen versuchen, gegen die Abschiebung zu klagen, um unsere Rechte einzufordern.

B.: Die schnelle Entscheidung kommt daher, wenn der Fall nicht asylrelevant ist.(...) Sie können klagen, in den Schiffen gibt es eine Rechtsberatung. Der Rechtsberater berät so daß jeder klagen kann.

Fl.: *Wenn es eine definitive Ablehnung gibt, sagt der Rechtsberater (der nur einen Tag pro Woche ansprechbar ist) " Ich kann nicht eingreifen in Eure Situation". D. h, wir sind in einem geschlossenen*



Teufelskreis. Im Allgemeinen schaffen wir gerade noch die Flucht aus unseren Ländern. Einen Paß oder Beweise können wir nicht einfach so bringen. Und Sie wollen noch ausführliche Beweise von uns.

B.: Der jenige, der Beweise hat, oder offizielle Schriftstücke, der wird ja auch nicht abgeschoben.

Fl.: *Das Problem ist, das Gericht verlangt von uns zusätzliche Beweise. Wie soll ich das schaffen, wenn ich aus einer lebensbedrohlichen Situation fliehen muß.*

B.: Das Bundesamt versucht bei diesen Fällen zu prüfen, ob das auch stimmt, um darauf einzugehen.

N.: Ich denke, daß wir in dieser Runde die politische Situation in Deutschland nicht ändern können. (...) Ihr habt es geschafft, Euer Anliegen an die Presse zu vermitteln. Die verantwortlichen Behörden wissen Bescheid und sie wollen eine Lösung finden. Ihr müßt unsere Forderung, den Fall individuell zu lösen, akzeptieren und Eure Aktion beenden. Ihr müßt darüber nachdenken, wie ihr diese Aktion friedlich beenden könnt. Das ist mein letztes Wort.!

Fl.: *Wir wollen nicht als einzelne, sondern als Gruppe behandelt werden. Warum wird die Presse nicht zugelassen, aber die Polizei, obwohl wir unsere Aktion friedlich führen?*

N.: Es wurde für Euch ein extra Raum in den Schiffen zur Verfügung gestellt, aber ihr habt das Angebot nicht angenommen. Wir ziehen uns jetzt zurück und kommen um 13.30 Uhr wieder hierher.

Das Info aus der Flora
Nummer 22, Januar 1994



2. Verhandlungsrunde
N.: Wir möchten erfahren, was ihr diskutiert habt, wobei ich hoffe, daß wir zu einem friedlichen Ende kommen.
Fl.: *Unser Beschluß bleibt, wie er war: D.h. wir sind entschlossen, bis die unmenschlichen Beschlüsse aufgehoben werden, bleiben wir bei unseren Forderungen, bis zum Tod.*
N.: Für mich ist es nicht deutlich geworden, was Eure unmöglichen Forderungen sollen. Wie stellt Ihr Euch das vor, die unmenschlichen Behandlungen gegen Flüchtlinge in Deutschland zu beenden?
Fl.: *Sie können uns helfen, indem Sie uns nicht in unsere Heimatländer abschieben. Das Problem ist nicht der Einzelne von uns, sondern es geht um alle. Das haben wir so entschieden, dabei bleiben wir auch.*
N.: Wir werden uns zurückziehen und weiter überlegen, wie wir den Streik beenden können. Ich hoffe, daß wir nicht gezwungen werden, die Polizei einzuschalten, um diesen Streik mit der Polizei gewaltsam zu beenden.
Fl.: *Was wir wollen, ist ein humanes, menschliches Recht. Wir verstehen es nicht, warum der demokratische Staat BRD an Gewalt denkt und mit Polizei droht, obwohl wir nur friedlich unser Recht einfordern.*
N.: Ich bedanke mich, und werde weiter überlegen, wie wir mit Euch weiter umgehen werden.

3. Verhandlungsrunde
N.: Ich möchte sie darüber in Kenntnis setzen, daß ich mich mit der Behördenleitung abgesprochen habe. Wir akzeptieren, daß Sie streiken wollen und daß Sie streiken. Wir nehmen es aber nicht hin, daß Sie in der Kantine streiken. Ihr seid nur 3% der Bewohner dieses Schiffes. Insofern verhalten Sie sich nicht gemeinschaftsfördernd gegenüber den anderen. Wenn Sie Ihren Streik fortsetzen wollen, werden Ihnen 2 Räume zur Verfügung gestellt. Wir haben diese Räume angesehen, für Getränke und Tische werden wir sorgen. Ich hoffe sehr, daß Sie dieses Angebot annehmen und Ihren friedlichen Streik fortsetzen, und uns nicht zwingen, gegen unseren Willen diesen Streik gewaltsam zu beenden. Sollten Sie dieses Angebot nicht annehmen, werden wir Sie mit Hilfe der Polizei von den Schiffen verweisen. Sie werden keine Rückkehrmöglichkeit auf die Schiffe erhalten. Sie werden zu einem anderen Ort gebracht. Ich weise darauthin, daß sich Eure Verfahren und Unterbringung verschlechtern wird. Diskutieren Sie bitte bis 19.15 Uhr und geben sie mir in der Verwaltung Bescheid, ob Sie dieses Angebot annehmen. Ich bedanke mich noch einmal für die Gespräche.
Fl.: *Wir bedanken uns auch.*

Die Flüchtlinge haben das Angebot nicht angenommen und bestehen weiterhin auf ihren Forderungen. Wegen der Räumungsdrohung fand das gemeinsame Treffen vor den Schiffen statt.

Mittwoch 15.12.:
Ein Flüchtling ist akut erkrankt, der Behördenarzt erklärt er simuliere. Spätabends untersuchen ein Arzt und eine Ärztin alle hungerstreikenden Flüchtlinge. Der kranke Flüchtling kommt für einen Tag ins Krankenhaus.



Donnerstag 16.12.:
Eine algerische Frau erhält eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Demonstration mit ca. 300 Personen vom Pferdemarkt zu den Schiffen. Vor den Schiffen massive Absperrungen durch die Polizei, um eine Solidarisierung zu verhindern. Eine Delegation, bestehend aus: 2 ÄrztInnen, 2 Vertretern der "Gesellschaft für Verfolgte und Gefolterte", 1 Anwältin und 1 Unterstützer, wird am Besuch der hungerstreikenden Flüchtlinge gehindert. Einladung an die Flüchtlinge zu einer Veranstaltung in der Kantine des Schauspielhauses.

Freitag 17.12.:
Einige der Hungerstreikenden sollen in andere Unterkünfte verlegt werden, sie beschließen zusammen zubleiben. Die Flüchtlinge veröffentlichen einen Aufruf an alle Flüchtlinge in Deutschland sich ihrem Kampf anzuschließen. UnterstützerInnen besuchen eine Vorstellung im Thaliatheater und informieren die Gäste.

Aufruf an alle Flüchtlinge in Deutschland !!!

Flüchtlinge, wir wenden uns an Euch.
Seit Samstag, den 11.12 befinden wir uns in Hungerstreik um gegen die drakonischen Asylgesetze in Hamburg und in Deutschland zu protestieren. Das große Deutschland, das wir als den demokratischen Staat kennen, ändert sich. Wir hatten Vertrauen in es, da es einen besseren Schutz der Menschenrechte bot..
Heute erstaunt uns durch sein antihumanisches Verhalten, das sich in willkürlichen und mißbräuchlichen Abschiebungen zeigt.

Deswegen fordern wir, **die Flüchtlinge auf der Floatel Altona** HH, alle anderen Flüchtlinge auf, ihre Kräfte zu einen, bis die drakonischen Abschiebungsgesetze abgeschafft sind.

Flüchtlinge aller Bundesländer vereinigt Euch!

Samstag 18.12.:
Norton, der Leiter des Schiffes, kündigt neue Verhandlungen für Montag an.

Sonntag 19.12.:
Der Aufruf der Flüchtlinge wird in verschiedenen Heimen verteilt. In einer Unterkunft verhindert das Wachpersonal die Verteilung. Eine Weihnachtsveranstaltung im Michel wird von UnterstützerInnen besucht ,um die BesucherInnen über den Hungerstreik zu informieren.

Montag 20.12.:
20 MigrantInnen aus Hamburg beginnen, mit einer Presseerklärung, vor den Schiffen einen Hungerstreik. Zu den versprochenen Verhandlungen erscheint nur Norton (Leiter des Schiffes), er teilt mit, daß das Bundesamt für Flüchtlinge "anbietet" alle Verfahren der hungerstreikenden Flüchtlinge erneut zu prüfen, wenn diese die Besetzung der Kantine aufgeben.

Dienstag 21.12.:
Frühmorgens beenden die Flüchtlinge den Hungerstreik. Nach 10 Tagen Isolation und Repression war eine gemeinsame Fortsetzung des Hungerstreiks nicht mehr möglich. Die Flüchtlinge, die am Hungerstreik teilgenommen haben, werden auf verschiedene Unterkünfte in Hamburg verteilt. Auf einem Treffen beschließen die anwesenden Flüchtlinge, neue Aktionsmöglichkeiten zu diskutieren und den Kampf fortzuführen.

***

Fleischbeschau in der AusländerInnenbehörde

"...Danach verfährt die Ausländerbehörde seit dem 2. 8. 93 so, daß bei offensichtlichen Falschangaben durch die Antragsteller die dortigen SachbearbeiterInnen per Inaugenscheinnahme fiktive Altersfeststellung treffen. Dadurch wird erreicht, daß die Personen, die tatsächlich älter als 16jährig sind, unverzüglich ins Asylverfahren und dem diesem Vefahren vorgeschalteten Verteilungsverfahren gelangen....Den Antragstellern wird die Möglichkeit eingeräumt, durch amtsärztliche Gutachten sowie weiteren zur Altersfeststellung tauglichen Mitteln den Gegenbeweis anzutreten....Der Bundesminister des Inneren (BMI) hat sich mit der (Wieder-)einführung des Verfahrens einverstanden erklärt, das Alter des Asylsuchenden durch die Ausländerbehörde fiktiv festzulegen. Der BMI hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge entsprechend angewiesen, diese festgelegten Geburtsdaten anzuerkennen. Um keinen Rechtsschein der Richtigkeit dieses Geburtsdatums zu erwecken, wird in der Bescheinigung vermerkt "Fiktives Geburtsdatum aufgrund äußeren Anscheins". Dem Asylsuchenden wird dabei anheimgestellt, die Richtigkeit seiner Altersangabe ggfs. durch geeignete Dokumente oder durch eine medizinische Untersuchung nachzuweisen."
(Sozialamtsleiterprotokoll vom 11. 8. 93)

Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge werden bei Ankunft in Deutschland nicht entsprechend dem Aufnahmeschlüssel der Bundesländer verteilt, sondern können an dem Ort bleiben, wo sie sich erstmals bei einer Ausländerbehörde gemeldet haben sie müssen dort jugendgemäß untergebracht und betreut werden; in Hamburg z.B. in Jugendwohnungen mit sozialarbeiterischer Betreuung, was zumindest hinsichtlich Schulbesuch und Betreuung im Asylverfahren vorteilhaft sein kann.
Hamburg hat in rassistischer Art und Weise Änderungen dieser Regelung vollzogen:
Zunächst wurden im April 1992 alle Flüchtlinge ab 16 Jahren zu Erwachsenen erklärt, obwohl nach deutschem Recht alle unter 18 jährigen minderjährig sind. Hier ist das Kriterium für jugendlich oder erwachsen die Nationalität und nicht das Alter. Der Hintergrund für diese rassistische Regelung ist das Ziel, soviele Flüchtlinge wie möglich abzuschieben. Erwachsene sind nach dem Asylgesetz der BRD leichter abzuschieben als Kinder und Jugendliche. Die so als Erwachsene eingestuften minderjährigen Flüchtlinge werden seit dieser Neuerung gezwungen, einen Asylantrag zu stellen und auf die Aufnahmeschiffe, bzw. in andere Bundesländer verteilt.

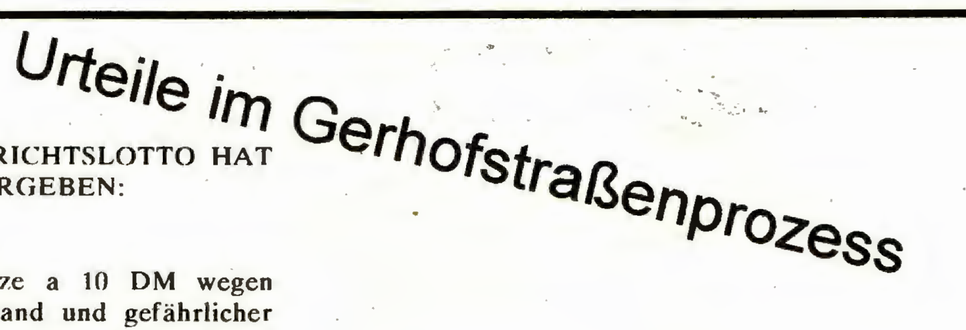
Dann erfolgte in Hamburg der o. g. Schritt: statt die Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren an das Jugendamt zu verweisen zwecks jugendgemäßer Unterbringung und Bestellung eines Vormundes zum Betreiben des Asylverfahrens, werden sie zunächst von (verteilungs)geilen SachbearbeiterInnen beglotzt (Entwicklungsstand der primären Geschlechtsmerkmale, Bartwuchs - oder was?). Die "Erfolgsquote" ist beachtlich: von den 150 16- bis 18-Jährigen, die sich im September 1993 auf Hamburgs Aufnahmeschiffen befanden, hatten 105 ein so festgelegtes Geburtsdatum.

Die "Inaugenscheinnahme" durch x-beliebige SachbearbeiterInnen der Ausländerbehörde entscheidet so über den weiteren Verlauf eines Menschenlebens: in der Regel schnellstmögliche Abschiebung in die lebensbedrohlichen Verhältnisse, aus denen die Minderjährigen gerade unter oft traumatisierenden Bedingungen geflohen sind.

Es ist ein Merkmal des gesamten bundesdeutschen Asylverfahrens, Flüchtlinge nicht wie Menschen, sondern wie zu verwaltende Ware zu behandeln. Das Feststellen eines "Fiktiven Geburtsdatums aufgrund äußeren Anscheins" und die Festlegung auf Jugend oder Erwachsensein aufgrund der Nationalität übertrifft die sonst schon übliche rassistische Sonderbehandlung von MigrantInnen in der BRD noch an Menschenverachtung. Dieses Vorgehen ist ein weiterer Schritt der geplanten Abschottung der BRD vor asylsuchenden Menschen.



Das Info aus der Flora
Nummer 22, Januar 1994



Urteile im Gerhofstraßenprozess

DIE ZIEHUNG IM GERICHTSLOTTO HAT FOLGENDE ZAHLEN ERGEBEN:

1) Eine Niete (Freispruch)
2) Einmal 120 Tagessätze a 10 DM wegen Anwesenheit bei Widerstand und gefährlicher Körperverletzung (ohne konkreten Nachweis einer Tatbeteiligung)
3) 5 Monate auf drei Jahre Bewährung - gefährliche Körperverletzung und Widerstand (wegen eines auf einem Photo festgehaltenen Trittes)
4) 6 Monate auf drei Jahre Bewährung (Begründung wie 3.)
5) 8 Monate auf drei Jahre Bewährung; ohne Nachweis einer konkreten Tatbeteiligung, lediglich eine agressive Körperhaltung auf einem Photo war zu erkennen. Weitere Begründung: billigende und unterstützende Anwesenheit bei gefährlicher Körperverletzung und Widerstand
6) 14 Monate auf fünf Jahre Bewährung wegen schweren Widerstandes und gefährlicher Körperverletzung

ZUSATZZAHL: Alle auf Bewährung Verurteilten müssen 400 DM zusätzlich als Schmerzensgeld an einen verletzten Bullen zahlen.

Und da mensch im Gerichtslotto nie etwas gewinnen kann sondern in der Regel verliert und blechen muß:

Spendet!
Anderkonto Gerhofstraße
Rechtsanwalt Dr. Hagedorn
Kto. Nr. 1268-123252
Haspa
BLZ 20050550

und:

Dub Conference

Soli für den Gerhofstraßenprozeß
22.1.94 21 Uhr
Rote Flora großer Saal



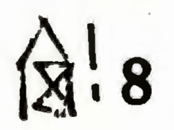
Solidarität mit den inhaftierten AntifaschistInnen in Berlin !

Mittlerweile sind 5 Menschen, denen vorgeworfen wird, an der Tötung des DL-Faschisten Gerhard Kaindl im April 1992 beteiligt gewesen zu sein, in Untersuchungshaft. (siehe Zeck Nr.21)
Anfang Dezember wurde Bahrettin verhaftet, nachdem Fatma, Abidin, Mehmet und Erkan seit Ende November in Haft sind.
Mittlerweile wurde bekannt, daß einer der Festgenommenen belastende Aussagen gemacht haben soll, auf die sich die Verhaftungen stützen. Weitere Antifas, gegen die ermittelt wird, sind untergetaucht.
Derzeit versucht der Staatsschutz in Berlin durch Observationen, Vorladungen, Aushochen von Zeugen, Vorlegen von Bildmappen... an die Gesuchten heranzukommen.
Aber Anna und Artur ...

- Sofortige Freilassung aller Gefangenen!
-.Lückenlose Aufklärung der Zusammenarbeit von Staatsschutz, Justizverwaltung und faschistischen Kadern!
- Unterstützt die gefangenen und gesuchten Antifas!

Spendenkonto für die inhaftierten AntifaschistInnen:
R.Stücker
Stichwort: Antifa
KTO: 240 297 679
BLZ: 100 500 00
Berliner Sparkasse
(Quelle: Interim Nr.266)

Im Folgenden dokumentieren wir die türkische Übersetzung des in der Zeck 21 abgedruckten Flugblattes:



Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan ve Bahrettin

15 Kasım.93'den beri Berlin'in değişik cezaevlerinde tutuklu bulunmaktadır
BERLİN TUTUKLULARI HEPİMİZ İÇİN MÜCADELE EDENLERDİR,

ONLARA SAHİP ÇIKALIM!

Nazi örgütü "Deutsche Liga"nın şeflerinden G. Kaindl'in ölümünden birbuçuk yıl sonra devleti koruma örgütü (Staatsschutz) Berlin'de beş antifaşist türk ve kürt gencini tutuklamış ve olaya katıldıkları gerekçesiyle de on kadar genci aramaktadır. Polis bu gençlerle ilgili olarak öldürme, öldürmeye teşebbüs, yaralama ve yardımda bulunma gibi iddialar ileri sürmektedir. Konuyla ilgili "soruşturma" yapan daire, bu iddiaları güya "olaya katılmış ve kimliği gizli tutulan" bir kişiye dayandırdığını söylemektedir.

Bundan birbuçuk sene kadar önce, gazetelerde de yazılmış olduğu gibi, G. Kaindl'ın da katıldığı "Deutsche Liga"nın bir toplantısı maskeli kişiler tarafından basılmış, Kaindl çıkan çatışmada aldığı yaralar sonucu ölmüştü. O dönem gazetelerde çıkan haberlerde olaya katılmış olan kişilerin maskeli oldukları belirtilmişse de, Berlin polisine göre bunların türk oldukları kesin idi. Polis böylece bir delile bile dayanmaksızın bir kesim göçmeni önceden yargılamış oluyordu. Hatta daha da ileri giderek suçluların tesbit edildiğini "Deutsche Liga"ya bildiriyordu. "Deutsche Liga" da, gazeteleri "Deutsche Rundschau"nun 1992 senesinin Ekim ayında çıkan sayısında ellerinde türk "katillerin" isim ve adreslerinin bulunduğunu ve bunların **"Antifaşist Gençlik Berlin"** gurubundan olduklarını yazıyorlardı. Naziler, ayrıca çıkartmış oldukları çeşitli bildirilerde benzer şeyler söylemişler, örneğin Hamburg'da dağıttıkları bir bildiride Kaindl'ın öldürülmesini asrın politik cinayeti olarak tanımlamışlar ve katillerin türkler olduğunu tekrarlamışlardır. Konuyla ilgili, basın, "aşırı sağcıya karşı cinayet açıklığa kavuştu" (Tagesspiegel 20.11.93) gibi başlıklarla şimdiden hüküm veriyor ve böylece bu kampanyaya ortak oluyorr.

Bütün bunlar sadece nazilerle polisin ve hatta bazı ırkçı basın çevrelerinin nasıl bir işbirliği içerisinde olduklarını göstermekten başka hiçbir şeyi kanıtlamaz.

Alman Birliği (Deutsche Liga) nedir?

*"**Halk ve Vatan için Alman Birliği**", dağınık Nazi guruplarını bir çatı altında birleştirme hedefi almış Faşist bir birlik partisidir. Berlin-Brandenburg' da Alman Birliği ve onlar tarafından yönlendirilen bir seçmen birliği olan "Milliler", yasaklanan Nationalistische Front Deutscher Alternative gibi örgütlerle bilikte çalışmaktadır. Göçmenlere ve kendilerinden farklı düşünen insanlara yönelik saldırılaı bu örgütler tarafından gerçekleştiriliyor. Alman Birliği' nin eyalet başkanı F.Schwert, Rostock Pogromunu " halkımızın doğal ve sağlıklı bir tepkisidir" diye meşru göstermişti. Solingen katliamı zalılarının Alman Birliği üyesi olan Bern Schmittes' in Solingen' deki Savaş Spor Okulu ("Kampfsportschule") üyesi olduklar biliniyor. Bu şahıs aynı zamanda Alman Birliği ve Almanya çapında diğer saldırı guruplarını yönetiyor. Alman Birliği Birleşmeden ("Widervereinigung") sonra altmışın üzerinde öldürme ve binlerce saldırılardan sorumlu örgütlerden birisidir. Şimdi Naziler tarafından **"Deutsche Patriot"** olarak anılan Gehard Kaindl bu örgütün Eyalet sekreteriydi.*

Almanya'da faşist teröre karşı özsavunma yapan gençlerin Alman devleti tarafından kriminalleştirilmelerini takiben, Berlin-Kreuzberg'de de ortaya çıkan ve sivrilen **"Antifaşist gençlik"** polisin saldırısına uğramış, 1992' den beri kriminal bir gurup olarak gösterilmiş ve takibe alınmıştır. Bu guruba dahil veya bu gurubun çevresindeki insanların kanun dışı gösterilip kriminalleştirilmeleri, bugün bunların suçlu olduklarını gösterebilmenin ön hazırlığı olmuştur.

Polis bir taraftan "yabancıları" potansiyel suçlular olarak göstermeye çalışır, bunun için ortamı hazırlama gayreti içerisinde olurken, bir taraftan da Alman savcıları ve hakimleri bugüne kadar ırkçı faşist saldırılar sonucu hayatını yitirmiş olan altmışın üzerinde insanın katillerinin kimler olduğunu araştırmaya bile fazla gerek görmemektedir.

Irkçı saldırılar sonucu hayatını yitiren insanların katilleri için mahkemeler her defasında hafifletici unsurlar arayışı içindeyken, keza Solingen'de de beş kişinin ölümüne neden olan faşist saldırının zanlısı olarak bilinen dört Neonazi hakkında yeterince soruşturmaya gerek duyulmaksızın "delil yetersizliğinden dolayı" serbest bırakılması tartışılırken, "Deutsche Liga" şeflerinden Kaindl'ın davasını aydınlatmak için bir buçuk yıldır yirmi kişilik özel istihbarat komisyonu oluşturulabilinmektedir.

Berlin'de **"Antifaşist gençliğin"** polis tarafından hedef alınarak suçlu gösterilmesi bu konuda tek örnek değildir. Hamburg'da, Mölln ve Solingen sonrası kendisini savunan, bunun için sokağa çıkan gençler de, polis tarafından aynı şekilde hedef alınmıştır. Sokaklarda keyfi bir şekilde aranmışlar ve tartaklanmışlardır. Bir mahallede gece dolaşmakta olan gençlerin isimleri adresleri alınmış "eğer bu çevrede bir olay olursa bunun sorumlusu sizlersiniz" diye tehdit edilmişlerdir. Halstenbeck'te bir neonazinin evine saldırı sonrası, bir mahallede olaya katıldıkları iddiası ile "şüpheli" gençlerin evlerini polis basmış, evde oturanları tümünü yere yatırmış ve kafalarına silah dayıyarak evlerde arama yapmıştır. Gänsemarkt'ta Nazilerin bulunduğu bir lokale yapılan saldırı sonrası o sırada bölgede dolaşan tüm yabancıların üstleri aranmış, kimileri geceyi karakolda geçirmiştir. Bu olay o zaman TAZ'da "alle südländisch aussehende Menschen wurden von der Polizei durchsucht" şeklinde haber olarak çıkmıştır.

Şu anda Berlin'de gözaltında bulunan 22 yaşındaki kürt kadını Fatma'nın tutuklanması sırasında polis silahını Fatmanın kafasına tutmuş, keza olay yerine gelen komşu kadının başına da silah dayanmış ve Fatma'nın terörist olduğu söylenerek bu tavır meşrulaştırılmaya çalışılmıştır. Şu anda cezaevindeki bazı arkadaşlar için kitap yasağı ve 23 saat hücre hapsi gibi tamamen izolasyon koşulları uygulanmaktadır.

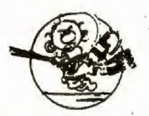
Yukarıda saydığımız olaylar ve bu toplumda yaşadıklarımız, uğradığımız haksızlıklar bize nasıl bakıldığını gösteriyor. Alman devleti bizi yanına kazanarak ya işbirlikçi duruma getirmek istiyor ya da saldırarak sindirmeye çalışıyor. Bizler ne tamamen ırkçı temellerde örgütlenmiş alman devletinin iş birlikçisi ne de onun köleleri olacağız.

"Deutsche Liga"nın gazetesi "Deutsche Rundschau"da çıkan yazının son bölümünde **"Antifaşist gençliğe"** yönelik "wir kriegen euch alle"(hepinizi halledeceğiz) diye tehdit savrulmaktadır. Bu tehditi ciddiye alıyor, arkadaşlarımıza yapılacak herhangi bir saldırının karşılığını bulacaklarını kendilerine iletiyoruz. **"Deutsche Liga" ve bunun gibi örgütler bugüne kadar yapmış oldukları saldırılarda yaşamlarını yitiren insanların hesabını henüz yeterince vermemişlerdir.**

Polisin arkadaşlarımıza karşı sahneye koyduğu komployu boşa çıkarmak, alman istihbaratı ile nazi örgütleri arasındaki ilişkileri deşifre etmek gereklidir.

- **Tutukluların serbest bırakılması, antifaşist direniş üzerindeki devlet şiddetinin geriye püskürtülmesi için mücadelemize devam edeceğiz.**
- **Alman devletinin, polisin, nazilerin saldırılarına karşı özörgütlenmemizi ve özsavunmamızı güçlendirerek cevap vereceğiz.**

Herkesi bu mücadeleye katılmaya çağırıyoruz.



HAMBURG'DAN BİR GURUP GÖÇMEN

Tutuklu Antifaşistlerin Mahkeme masrafları vs.. için **Hesap Numarası:**
Berliner Sparkasse Konto-Nr.: 240 297 679 Blz. : 100 500 00 Kennwort : "Antifa"

Prozeß gegen Antifaschisten wegen Angriffs auf die FAP-Bundesgeschäftsstelle

Am 2.12.92 versuchte eine Gruppe von ca. 30 (hauptsächlich türkischen) AntifaschistInnen, die Bundesgeschäftsstelle der FAP in Krupunder zu stürmen. Während dieses Angriffs wurden vier vor dem Haus als Wachen postierte FAP-Mitglieder verprügelt, sowie bei einem Auto u.a. alle Scheiben eingeschlagen. Der anschließende Versuch, direkt in die Geschäftsstelle zu gelangen, mißlang, da im Treppenhaus anwesende FAP'lerInnen mit Gas auf die AntifaschistInnen schossen.
Einer der FAP-Bewacher vor dem Haus wurde während des Angriffs mit einem Messer lebensgefährlich verletzt. Die Pinneberger Kripo bildete sofort eine Sonderkommission, die schon am nächsten Tag begann, gegen sechs in Hamburg lebende MigrantInnen wegen versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung zu ermitteln. Zwei der Betroffenen waren Freunde der einige Tage zuvor in Mölln von Faschisten ermordeten TürkInnen.

Am Dienstag, dem 18.1.94 und den folgenden beiden Dienstagen findet nun der Prozeß gegen sechs Angeklagte vor dem Amtsgericht Pinneberg statt. Vorgeworfen wird ihnen schwerer Landfriedensbruch und z.T. schwere Körperverletzung.
Zu den Verhandlungen sind als ZeugInnen u.a. auch FaschistInnen der FAP geladen.
Weiter ist der Fascho-Anwalt Jürgen Rieger Vertreter der Nebenklage.
Es ist zu befürchten, daß die FAP diesen Prozeß nutzt, um Präsenz zu zeigen. Auch deswegen ist es wichtig, daß viele AntifaschistInnen zu den Prozeßterminen kommen, um dem möglichen Erscheinen der Faschisten etwas entgegenzusetzen!

Prozeßtermine:
18.1., 25.1. und 1.2. 1994
jeweils um 9.00 Uhr im Saal 1/1 im Amtsgericht Pinneberg, Bahnhofstraße 17.

Kommt zu den Prozessen!!

ADRESSEN:

Antirassistisches Telefon: 431587
B 5/B-Movie: Brigittenstraße 5, 20359 HH
Cafe und Buch, Marktstraße 114, 20357 HH
EA: 4305892, Kontakt Schwarzmarkt Mo. 12-18.00
Frau Döse: Bartelsstr. 10, 20357 HH
Haus 3: Hospitalstr. 107, 22767 HH
Haus für alle: Amandastr. 58, 20357 HH
Jäpa: Wohlwillstr. 22, Hinterhof, 20359 HH
KSK: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH
LIZ-Libertäres Zentrum: Lagerstr. 27, 20357 HH,
Rote Flora: Schulterblatt 71, 20357 HH, Tel.: 4395413
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH, Tel.: 446095
Störtebeker: Bernhardt Nocht Str., 20359 HH
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstraße
Turm, Bergiusstr. 12, 22765 HH
Volkshaus, Neuer Kamp 31, 20359 HH

Zum Verbot der PKK, der ERNK und der kurdischen Organisationen und Vereine



"Am 26.11.1993 hat der deutsche Staat das Kurdistan-Komitee, die kurdischen Vereine, eine Nachrichtenagentur und das Erscheinen einer Zeitung der Kurden verboten. Dieses Verbot kann unseren Nationalen Befreiungskampf Kurdistans in keiner Weise beeinträchtigen.
Der Kampf der Kurden in Europa war nicht von diesen Institutionen abhängig. Diese Institutionen waren Zentren für das Zusammenkommen der kurdischen Bevölkerung und für die Information der deutschen Öffentlichkeit über die koloniale Barbarei in Kurdistan.
Eines ist offensichtlich: Die BRD will auf jeden Fall vermeiden, daß die Verbrechen und das Morden in Kurdistan der Öffentlichkeit bekannt werden, denn die Massaker in unserer Heimat werden mit deutschen Waffen und deutschen Panzern durchgeführt. An den Massakern in Kurdistan ist die BRD direkt beteiligt. Mit ihrem faschistischen Vorgehen will sie nun verhindern, daß dies in der Öffentlichkeit Gehör findet..
Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Pläne werden jetzt die Reaktion des kurdischen Volkes hervorrufen. Damit muß die BRD dann zurechtkommen. Eine Partei wie die PKK, die den nationalen Befreiungskampf soweit entwickelt hat, ist dadurch jedenfalls nicht zu stoppen. (...)"
(aus der Erklärung der z.Zt. verbotenen ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) vom 26.11.93)

In Hamburg betrifft das Verbot vor allem das Kurdische Kulturzentrum in Harburg. Auch dort, wie in anderen Städten, drang die Polizei in das Zentrum ein, durchsuchte es und beschlagnahmte alle sich in den betreffenden Räumen befindenden Sachen bis hin zu Tischen und Stühlen. Die Privatwohnungen aller drei Vorstandsmitglieder des Vereins wurden durchsucht und private Dinge, wie Fotos und Briefe, mitgenommen. Nach der Schließung des Kulturzentrums gab es mehrere Versuche von KurdInnen, das Zentrum wieder zu eröffnen; zeitweise wurde es besetzt. Jedesmal gab es heftige Angriffe der Polizei gegen diese Aktionen. Dabei wurden 30 KurdInnen verletzt und vier festgenommen, die sich immer noch in Haft befinden.
Inzwischen ist das Zentrum von einem neuen Verein wieder eröffnet worden.

Am 7.12. 93 traten 40 Kurdinnen und Kurden in den Räumen des Kurdistan Volkshauses in Hungerstreik, um gegen das Verbot der kurdischen Organisationen und Vereine und gegen den Völkermord in Kurdistan zu protestieren. Am 16.12. beendeten sie diesen Hungerstreik, erhalten ihre Forderungen jedoch aufrecht.

Im Folgenden dokumentieren wir die Erklärung zum Hungerstreik:

HUNGERSTREIK
gegen den Völkermord in Kurdistan und die Unterstützung durch die europäischen Staaten
im Kurdistan Volkshaus, Wallgraben 34, Harburg

In Kurdistan führt der türkische Staat einen schmutzigen Kolonialkrieg gegen das kurdische Volk.
Jeden Tag werden Dörfer von der türkischen Armee überfallen, die Bewohner vertrieben, die Häuser zerstört und Wege vermint, um eine Rückkehr der Menschen zu verhindern. Am 22./23. Oktober diesen Jahres wurde die kurdische Stadt Lice zu 2/3 von der Armee vernichtet. Täglich werden Menschen - ArbeiterInnen, ÄrztInnen GewerkschaftlerInnen, BäuerInnen - Männer und Frauen, von Kindern bis zu alten Menschen, von staatlich organisierten Todesschwadronen ermordet. Zeitungen, die nicht die türkische Kriegspropaganda verbreiten, werden verboten und zum Schweigen zu bringen versucht. Von der Tageszeitung Özgür Gündem wurden so neun Journalisten innerhalb eines Jahres ermordet, darunter der 74 jährige Schriftsteller Musa Anter.
Mehmet Sincar, Abgeordneter der Demokratiepartei "DEP" im türkischen Nationalparlament, wurde in Batman am 4. September 1993 von diesen Todesschwadronen auf offener Straße erschossen. Jetzt soll die DEP, die sich für eine politische Lösung der kurdischen Frage einsetzt, verboten werden.



Im Juli diesen Jahres erklärte der türkische Generalstab die "Ausrottung" des kurdischen Widerstandes, der vom ganzen Volk getragen wird. Jeder, der seine kurdische Identität nicht leugnet und für die Rechte des kurdischen Volkes eintritt, soll zum Schweigen gebracht werden. So wird der türkische Soziologe Ismail Besikci für jede seiner Veröffentlichungen über das kurdische Volk verhaftet, vor Gericht gestellt und ins Gefängnis geworfen.

Auf der anderen Seite hat der türkische Staat seine poltische Macht in Kurdistan längst verloren. Aus fast allen Familien beteiligen sich Menschen in den Reihen der Guerilla. Die Kommunalwahlen im März nächsten Jahres sollen für den türkisch besetzten Teil Kurdistans ausgesetzt werden, weil der türkische Staat weiß, daß dort nur noch VertreterInnen, die auf der Seite des kurdischen Volkes und seines Kampfes für seine legitimen Rechte stehen, gewählt werden.

Allein könnte der türkische Staat diesen Krieg nicht weiterführen, die Waffen, die wirtschaftliche und politische Hilfe, nicht zuletzt aus der Bundesrepublik Deutschland, verhilft ihm erst dazu. Über 50% des Staatshaushaltes der Türkischen Republik weden für den schmutzigen Krieg ausgegeben. Deutsche Waffen werden täglich in Kurdistan gegen das Volk eingesetzt.

Auch auf internationaler Ebene ist das kurdische Volk, dessen Land den Schnittpunkt zwischen Asien, Afrika und Europa bildet und das reich an Rohstoffen wie Öl, Chrom, Bauxit, Kohle, Wasser usw. ist, für vogelfrei erklärt worden. So wurde im Vertrag über die Abrüstung konventioneller Waffen im Rahmen der KSZE-Konferenz der türkisch besetzte Teil Kurdistans von den diesbezüglichen Regelungen ausgenommen. So werden die meisten Waffen, die hier "abgerüstet" werden, an die Türkei geliefert und in Kurdistan eingestzt. Am 6. August 1990 hat der türkische Staat gegenüber dem Europarat erklärt, daß er die Menschenrechte für die kurdischen Gebiete aussetze. Dies hat der Europarat unwidersprochen akzeptiert.

Ende September besuchte die türkische Ministerpräsidentin Ciller die BRD. Dabei wurde insbesondere das Verbot kurdischer Organisationen und Vereine in der Bundesrepublik besprochen.

Mit dem Verbot, das das Bundesinnenministerium am 26.11.1993 über kurdische Organisationen, Vereine, den Berxwedan Verlag und die Nachrichtenagentur KURD-HA verhängt hat, sollen die zum Schweigen gebracht werden, die die Völkermordpolitik von der türkischen Republik, die auf internationaler Ebene geführt wird, öffentlich machen. Die hier lebenden KurdInnen (ca. 500 000 Menschen), die gegen den Völkermord in ihrem Land und der Beteiligung der Bundesrepublik daran auftreten, werden hier wie in ihrer Heimat unter Ausnahmerecht gestellt und Willkürmaßnahmen ausgesetzt. Dies hat nicht nur schlimme Konsequenzen für die hier lebenden KurdInnen, sondern betrifft alle unterdrückten Völker, deren laut UNO-Charta verbrieftes Recht es ist, sich gegen Völkermord und koloniale Unterdrückung zu wehren, sowie alle Menschen, die sich für die Völkerfreundschaft und gegen den Krieg einsetzen.

Mit unserem Hungerstreik fordern wir:
Sofortige Aufhebung des Verbots kurdischer Organisationen und Vereine!
Herausgabe des beschlagnahmten Vereinsbesitzes!
Entschuldigung von Innenminister Kanther gegenüber den hier lebenden Kurdinnen und Kurden!
Sofortige Freilassung aller noch in Hamburg inhaftierten Kurden!
Einstellung wirtschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Unterstützung an die türkische Republik!
Organisations- und Meinungsfreiheit für KurdInnen und alle, die sich für menschliche werte einsetzen!
Anerkennug des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes!

Kurdinnen und Kurden aus Hamburg



Wir lassen die Hafenrand GmbH unsere Häuser nicht mehr betreten.

Ab jetzt werden wir unsere Energie nicht mehr damit verschwenden, das Ende eines sowieso gescheiterten Vertrags möglichst lange herauszuzögern. Wir werden Neues in Angriff nehmen.
Wir mußten Dirksen den heutigen Tag als Begehungstermin nennen, um nervige und teure Prozesse zu vermeiden. Dirksen hatte den Termin verlangt, weil vor dem Haus ein Schutthaufen lag - womöglich hatte es sogenannte "bauliche Veränderungen" gegeben, und das interessierte ihn natürlich brennend. Vielleicht läßt sich daraus ja die 138. Kündigung schmieden. Es gab auch Umbauten. Das geht bloß Dirksen nichts an.

Dieser Schritt ist lange überfällig. Lange Jahre mußten wir uns wieder und wieder mit Dirksen herumschlagen. Von Anfang an war klar, daß er nur angetreten ist, um uns zu räumen (vergl. Kasten). Immer wieder ging es darum, keine neuen Kündigungsgründe zu liefern und Zeit zu gewinnen. Dafür hatten wir ständig nervigste Auseinandersetzungen um Begehungstermine, Verfügungen und Prozesse.

Und nicht zuletzt haben wir Monat für Monat einen Haufen Geld (13.000 DM) zur Hafenrand GmbH geschleppt. Insgesamt haben wir allein an Miete (ohne Betriebskosten) ca. 132.000 DM an Dirksen gezahlt - wir bezahlen unseren eigenen Henker. Und das, obwohl wir wissen, daß davon nicht eine Mark in die Häuser zurückfließt.

Im Gegenteil: Wir führen jede Menge Baumaßnahmen, von der durchlöcherten Regenrinne über Schwammsanierung und Lichtschachtverglasung bis hin zu zig kaputten Fallrohren mit eigenem Geld und eigener Arbeitskraft durch. Hätten wir das nicht all die Jahre gemacht, wären die Häuser schon lange wirklich unbewohnbar (und sie sind wirklich schön). Dafür überzieht Dirksen uns dann mit Unterlassungsklagen incl. Androhung von Zwangsgeld (wie bei der Lichtschachtverglasung) und Strafanzeigen (wegen Sachbeschädigung). Oder er läßt nach einer Fassadenrenovierung mit einem Riesen - Polizeieinsatz unser Gerüst klauen, das wir dann für 15.000 DM wieder auslösen müssen. Wir waren für Fassadenrenovierungen immer auf Blitzaktionen an Tagen angewiesen, an denen sich Dirksen keinen Polizeieinsatz leisten konnte, am letzten Hafengeburtstag z.B..

Die größte Gefahr - mal aus der Sicht der Häuser gesehen - heißt Voscherau. Gar keine Gefahr besteht dagegen, wenn Leute von uns was an den Häusern machen... . Das Haus freut sich, wenn es eine unserer "illegalen" Baustellen auf sich zukommen sieht, und das Lachen bleibt ihm im Schornstein stecken, wenn dann Dirksen mit seinen Unterlassungsverfügungen und Begehungen kommt.

Voscherau sieht sich jetzt, nach den Urteilen, endlich am Ziel seiner Träume. So kann man sich täuschen.

- Wir leben hier seit zum Teil 10 Jahren und länger; einige von uns wurden hier geboren. Die Hafenstraße ist für uns existenziell und genauso werden wir auch darum kämpfen. Seit Jahren wird unsere Existenz hier in Frage gestellt und angegriffen. Das zehrt an uns und soll uns kaputt machen.Wir haben ein Recht, hier zu leben, und darüber gibt es nichts zu verhandeln. Die ganze Diskussion um Räumung und Abriss muß endgültig vom Tisch.

- Der Senat hat seinen Anspruch auf unsere Häuser verwirkt. Er hat keinen Finger krummgemacht, um sie zu erhalten. Alle notwendigen Arbeiten sind von uns gemacht worden. Die Häuser gehören sowieso uns.

- Eine Konstruktion, in der ein Senat oder ein Bürgermeister über das Eigentumsrecht die Entscheidungsgewalt über unsere gemeinsame Existenz oder Nichtexistenz hat, scheidet für uns als Möglihkeit aus. Die Fortführung der Dirksen-Variante sowieso. Und wenn sie nicht gestorben sind, prozessieren sie noch heute.

- Wir wollen unsere Häuser den Menschen anpassen, die hier leben, und nicht umgekehrt. Wenn Umbauten in den Häusern notwendig sind, brauchen wir keinen Vermieter, der uns das erlaubt. Wir achten selber darauf, das uns die Mauern nicht einstürzen.
Solange der Abriß der Häuser auf der Tagesordnung steht, ist es absurd, bauliche Mängel feststellen zu wollen.

- Wir wollen unsere Häuser nicht als "Privatbesitz". Schlimm genug, daß Wohnraum überhaupt Ware sein kann.
Wir können uns eine "Vergesellschaftung" unserer Häuser vorstellen. Deswegen haben wir als Rechtsform die Genossenschaft ausgesucht. In der Genossenschaft St. Pauli Hafenstraße, die es schon gibt, sind wir als Bewohnerinnen und Bewohner Gleiche unter Gleichen; wir wollen sie als Trägerin unserer Häuser - innerhalb der Genossenschaft verwalten wir uns selber. Unsere Entscheidungen wollen wir weiter auf unseren Plenum bzw. in den Hausgemeinschaften treffen. Das Genossenschaftsmodell verlangt von uns die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den Leuten, die bereit sind, die Verantwortung für die Häuser mitzutragen (schon jetzt sind das mehr als 500). Und die Bereitschaft haben wir auch. Wir setzten uns mit Allen auseinander, die unser Existenzrecht anerkennen.

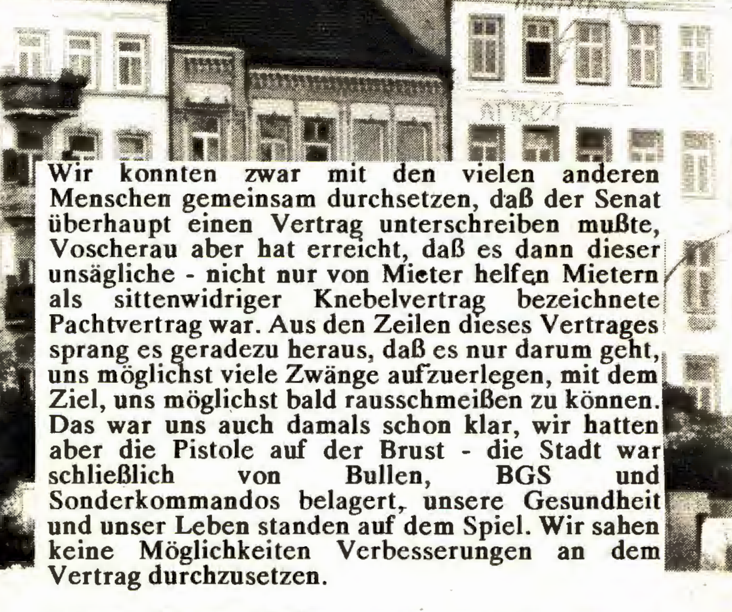


- Daß wir bleiben, und drumrum unsere FreundInnen und NachbarInnen vertrieben werden, weil die Mieten unbezahlbar sind, soziale Einrichtungen schließen, auf dem DFDS-Gelände ein Monster-Aquarium und ein Luxushotel entsteht und Dirksen uns seinen stumpfen Neubau vor die Nase setzt, kann es jedenfalls nicht sein. Die BewohnerInnen St. Paulis haben da eigene Vorstellungen und wissen selber am besten, was sie brauchen.

ÜBERGABE DER HÄUSER!

FLORA BLEIBT AUTONOMES STADTTEILZENTRUM!

KEIN AUSLÄNDERiNNENZUZUGSSTOP IN WILHELMSBURG UND ANDERSWO!



Es war für uns nicht besonders überaschend, daß sich unser Verhältnis zu Dirksens Hafenrand GMBH so entwickeln würde: Schließlich war Dirksen schon in seinen SAGA-Zeiten mit Räumungsklagen gegen uns beschäftigt.
Klar ist aber, daß Dirksen nur ausführendes Organ ist. Der Chef heißt Henning Voscherau. Den verbindet schon seit Jahren ein inniger Haß mit uns: schon 1985, also vor fast 9 Jahren, erklärte er: Das Projekt Hafenstraße ist gescheitert." 1987 tritt er sogar von seinem Job als SPD Fraktionschef zurück, weil er seine Weste nicht mit Dohnanyis Verhandlungskurs beschmutzen wollte. Dohnanyi hatte nach Gesprächen mit uns - den bisher einzigen zwischen einem Bürgermeister und uns - erklärt, er wolle sich im Senat für eine Vertragslösung einsetzen. Doch er bekam damals weder im Senat noch in der Bürgerschaft dafür eine Zustimmung.

Mit Voscherau als Leithirsch setzte sich zunächst ein Machtgefügge aus rechter SPD, Wirtschaftsgrößen, Polizeiführung und Springerpresse durch. Niemand hat mehr Hebel gegen eine Vertragslösung gezogen, als gerade Voscherau. Hinter den Kulissen wirkte er als Wühlmaus, öffentlich forderte er immer wieder den Abriß des 6er Blocks als Vorbedingung ("Ich will eine Rauchwolke sehen"). Hinter den Kulissen verhandelte unser Anwalt mit Dohnanyi über einen möglichen Vertrag. Die erste dreiseitige Version haben wir akzeptiert. Doch Dohnanyi wurde zurückgepfiffen. Bei der nächsten Runde erschien er mit - nach eigenen Angaben von Voscherau diktierten - für uns nicht annehmbaren Bedingungen. "Ohne Voscheraus Zustimmung", so Dohnanyi damals, "ist keine Vertragslösung durchsetzbar". Das Ergebnis von Voscheraus Anstrengungen: Am 10.11.87 erklärte der Senat die Vertragslösung für erledigt, einen Tag später bestätigte das die Bürgerschaft.
Daraufhin bauten wir die Barrikaden rings um die Häuser. Ein Aufruhr ging durchs Land. Der gesellschaftliche und politische Preis einer militärischen Räumung war durch die breite Unterstützung unabsehbar geworden. Der Senat sah sich aus unmittelbarem Zwang heraus veranlaßt einzulenken.

Wir konnten zwar mit den vielen anderen Menschen gemeinsam durchsetzen, daß der Senat überhaupt einen Vertrag unterschreiben mußte, Voscherau aber hat erreicht, daß es dann dieser unsägliche - nicht nur von Mieter helfen Mietern als sittenwidriger Knebelvertrag bezeichnete Pachtvertrag war. Aus den Zeilen dieses Vertrages sprang es geradezu heraus, daß es nur darum geht, uns möglichst viele Zwänge aufzuerlegen, mit dem Ziel, uns möglichst bald rausschmeißen zu können. Das war uns auch damals schon klar, wir hatten aber die Pistole auf der Brust - die Stadt war schließlich von Bullen, BGS und Sonderkommandos belagert, unsere Gesundheit und unser Leben standen auf dem Spiel. Wir sahen keine Möglichkeiten Verbesserungen an dem Vertrag durchzusetzen.

Unser Ziel zu bleiben hatten wir erst einmal erreicht - wir haben aber damals den Vertrag nicht als ernsthafte Grundlage für die nächsten Jahre angesehen.
Eiese Einschätzung wurde ja auch ganz schnell von der Wirklichkeit bestätigt: Die zugesagten Instandsetzungsmittel wurden innerhalb kürzester Zeit wieder eingefroren, statt dessen bekam die SAGA eine halbe Million für die Verplanung des Hafenrandes. Dem Verein Hafenstrasse und der Lawaetzstiftung als Eigentümerin der Häuser wurden alle nur erdenklichen Knüppel zwischen die Beine geworfen; weder die noch existierenden Unbewohnbarkeitserklärungen, noch die Abrißgenehmigung landeten im Mülleimer. Als Voscherau Dohnanyi dann vertreiben konnte erklärte er uns ein zweites Mal für gescheitert.
Die Lawaetzstiftung weigerte sich, eine von Voscherau geforderte Abmahnung wegen einer Parole an unseren Häusern auszusprechen. Voscherau nahm dies zum Anlaß, "den Instumentenkasten in Ordnung zu bringen" (O-Ton)
Die Hafenrand GmbH wurde gegründet, der bewährte für zwei Jahre von der SAGA ausgeliehene Dirksen wurde als Chef eingesetzt und unsere Häuser der Hafenrand GmbH überschrieben. Zielvorgabe: Räumung und Abriß innerhalb von zwei Jahren. Ruck-zuck war dann auch der Pachtvertrag gekündigt - letztendlich wegen eines Farbeies auf einen an die Tür pissenden besoffenen Fischmarkttouri.
Voscherau:"Die Mühlen der Justiz mahlen langsam aber trefflich fein."

ST. PAULI HAFENSTRASSE, 17.12.93



4d sagt: Enteignet alle leerstehenden Häuser! Der Weihnachtsmann bleibt rot!

Samstag, 11.12.93, ein ereignisreicher Tag:
- Auf den Wohnschiffen in Neumühlen beginnen etliche Flüchtlinge einen Hungerstreik gegen Abschiebungen und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.
- Eine Ini aus dem Karo-viertel veranstaltet eine Demo gegen den Hotelneubau an der Feldstraße
- Eine Gruppe von Weihnachtsmännern besetzt zwei leerstehende Häuser in der Stangestraße 14/16 (Ottensen).

Welches Bild zeigte sich nun denen, welche dem Ruf des Weihnachtsmannes gefolgt waren?
Zunächst zeigte sich genau dieser, und zwar gleich in zwölffacher Ausführung am Bahnhof Altona. Dort sang er merkwürdige Weihnachtslieder, jonglierte, fuhr Einrad und trug eine Geschichte vor.
Begleitet von ca. 80 Neugierigen und einer Rhythm-Sektion folgte er dann dem roten Stern durch die Ottenser Hauptstrasse, um an der Ecke zur Stangestrasse nochmals zu einer Showeinlage anzuhalten.
Keine Minute später hätte es wieder losgehen dürfen, denn, als unter meditativen Gesängen das Haus Stangestr.16 getreu dem Motto "NEHMEN STATT GEBEN" geöffnet wurde, kam gerade ein kleiner Trupp bemützter Schergen um die Ecke. Diese versuchten glatt, die anstehende VORÜBERGEHENDE INBESITZNAHME der seit gut 8 Jahren leerstehenden Häuser zu verhindern.
In einem Gemisch aus Gegenwehr und Verwirrung gelang es aber, die Ordnungshüter wieder abzudrängen und im Folgenden gehörte die Strasse wieder uns. Ein paar Stunden Zeit für ein kleines Fest mit Live-Musik vom Pritschenwagen, Besichtigung der leerstehenden Häuser etc..
Rolf Mahnke, Besitzer der Häuser, konnte es nicht lassen, Strafantrag zu stellen. Nachdem er im Jahre 1991 einmal nach einer Besetzung selbst Hand anlegte und ein Haus mit Knarre in der Hand eigenhändig räumte, kam er diesmal zur Besinnung: er besann sich darauf, daß es ja auch eine Polizei gibt, die seine Interessen durchsetzen würde.
Seine Interessen (wir zitieren aus einem Flugblatt der Gruppe 4d) sind folgende:
Der Besitzer Rolf Mahnke hat die beiden Häuser aus einer Zwangsversversteigerung günstig gekauft. Im März 85 erhielt Mahnke öffentliche Sanierungsgelder, die für sozialen Wohnungsbau vergeben werden. Mahnke spekulierte aber nicht nur auf die Gewinne aus den Sozialwohnungen, sondern zusätzlich auf das schnelle Geld aus Spielautomaten. Als seine Pläne aufflogen, eine Spielhalle in die Wohnhäuser zu bauen, verweigerte das Bezirksamt Altona 1987 die Zustimmung. Mahnke mußte dann die erhaltenen 8000.000 DM Sanierungsgelder zurückzahlen. Obwohl Mahnke daraufhin die Baumaßnahmen an den Häusern einstellte, muß er bis heute keine ernsthafteren Konsequenzen vom Bezirk befürchten.

Anfragen von NachbarInnen an den Bezirk, den Leerstand zu beseitigen, wurden abgewiegelt. Hin und wieder setzte das Bezirksamt "Fristen" zur Fertigstellung, "drohte" mit Bußgeldern oder zeigte zaghafte Kaufabsichten, aus denen aber



genausowenig geworden ist, wie aus den Gerüchten einer Zwangsversteigerung.
Mahnke kann bis heute ungehindert taktieren, indem immer wieder Bauanträge stellt und zum Schein einzelne "Handwerker" Schutt hin und herbewegen läßt.

Nun gut, zu einer Räumung kam es dann doch nicht. Die weisen, weißbärtigen Initiatoren der Aktion beschlossen, eine gute Sache als gut zu belassen: bevor Langeweile und das Warten auf die Räumung einsetzte, wurden die inzwischen buntbemalten Häuser verlassen, die Sachen zusammengepackt, und das Spektakel mit einer kurzen Demo zum Bahnhof Altona abgeschlossen.
Wir sind gespannt, wann wir wieder vom Wohnprojekt 4d hören. Sie haben ein konkretes Ziel und das haben sie noch keineswegs erreicht:
"Uns geht es nicht nur um günstigen Wohnraum, wir wollen andere Lebensformen. Wir stellen der Tendenz immer stärkerer Vereinzelung der Menschen das Konzept entgegen, als größere Gruppe zusammenzuleben.
Wir sind zur Zeit eine Gruppe von 12 Männern. Dies war zuerst einmal das Ergebnis unserer Erfahrungen und Bedürfnisse nach intensivem Zusammenleben in einem Wohnprojekt."

ERKUNDET DIE RÄUME AUSSERHALB DER BESTEHENDEN ORDNUNG!!!

***



CDU-Veranstaltung verhindert

Am 29.11.93 hatte die CDU zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung über die "Verslumung" von Altona eingeladen. Im Vorfeld verbreitete die Partei 14.000 Hauswurfsendungen in denen gegen "Asylanten, Punker, Autonome, Bettler und Sozialprojekte" gehetzt wurde. Konkret forderte die CDU die Beendigung der Projekte Hafenstraße und Klausstraße und die Auflösung von Bauwagenplätzen. In der Roten Flora solle ein Kindergarten eingerichtet werden. Denn, so die CDU, Altona sei zu einer "rechtsfreien Zone" für Autonome geworden. Populistisch-rassistisch wurde gegen Flüchtlinge gehetzt. Die Flüchtlinge von den Schiffen in Neumühlen seien eine Belastung für Altona, die Schiffe sollten im ganzen Hafen verteilt werden.
Der Tenor dieser Wurfsendungen war so ziemlich der gleiche, wie der des durch und durch rassistischen Pamphlets, das der "Altonaer Bürgerverein" im Juni 93 herausgebracht hatte. Der faßte das Ziel mit "Es reicht. Altona darf nicht verkommen!" zusammen (siehe Zeck Nr. 16).

Nachdem der Wirt des "Jever-Krug", der zuerst von der CDU als Veranstaltungsort geplant war, eine Bombendrohung bekommen hatte, machte er einen Rückzieher, so daß die CDU'ler auf einen Raum in der Kirche in der Susettestraße ausweichen mußten.
Bereits ab 19.30 Uhr war das Gebiet um die Susettestraße vollgestopft mit Bullen in Uniform, in Kampfmontur und in Zivil. Sogar der Staatschutz vom LKA 3 sandte einige Beamte in die Tiefe der "Slums" von Altona. An den Kreuzungen rund um die Susettestraße wurden Kontrollen durchgeführt, die aber nicht unbedingt ihr Ziel erreichten. Als die Veranstaltung um 20 Uhr beginnen sollte, stank es in dem Saal bereits heftigst nach Buttersäure. Alle Anwesenden (davon ca. 50 enthusiastische, Parolen skandierende "Fans" von Echternach!) zeigten Hartnäckigkeit und blieben bis zum bitteren Ende, als der Bonner Staatssekretär Jürgen Echternach die Veranstaltung auflöste.
Dabei hätte er sich mehr Applaus nicht wünschen können. Sobald er einen Satz begann, tobte der Saal vor "Bravo"-Rufen und "CDU, CDU"-Skandierungen. Auch die Diskussionsbeteiligung der Anwesenden war rege. Echternach wurde auf die 6,9%-Pleite der CDU bei der Bürgerschaftswahl in der Eulenstraße angesprochen, es wurde nach Wohnungen geschrien usw. usf. Aber das waren wohl nicht die Leute, mit denen Echternach und die anderen beiden CDU'ler auf dem Podium diskutieren wollten. Es waren "Anarchisten" (so Echternach), die ihm da zujubelten - und er nannte es "Krawall". Wie enttäuschend... Mensch kann es ihm wohl überhaupt nicht recht machen. Irgendwann forderte er die Polizei sogar auf, die "Störer" aus dem Saal zu räumen. Da zog dann auch feinsäuberlich eine Reihe von 30 Bullen auf - das behagte dem Küster jedoch überhaupt nicht. Das Haus Gottes kann doch nicht Ort einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und Autonomen werden. Tja, da war dann wieder Rückzug angesagt. So kann's gehen.

Kurz vor Schluß hatte Echternach dann die zündende Idee: "Schreiben sie mir hier vorne ihre Namen und Adressen auf, dann können wir die , die wirklich diskutieren und nicht nur stören wollen, zu einer neuen Veranstaltung einladen" Danach erklärte er die Veranstaltung für beendet. Wie schade! Es hatte gerade so viel Spaß gemacht. Aber wie heißt es doch gleich: "Wenn's am Schönsten ist, soll man aufhören."
Die meisten "StörerInnen" verließen dann in der Annahme, die Veranstaltung sei auch wirklich vorbei, den Saal, was die CDU'ler nutzten , um dann doch noch zu diskutieren. Dies wurde jedoch auch von einigen Leuten verhindert, die glücklicherweise noch da geblieben waren.
Nun muß sich die CDU wohl mit den "ordentlichen BürgerInnen" heimlich treffen, damit sie sich dann doch noch gegenseitig in ihrem reaktionären und rassistischen Weltbild bestärken können.
Oder sollten selbst dahin krawallmachende "AnarchistInnen" ihren Weg finden? Wer weiß, wer weiß...

Zur Demo gegen den Hotelbau an der Feldstraße am 11.11.93

1.

Es nahmen ca. 120-150 Leute teil. Die Route ging von dem Schanzenbahnhof über den Pferdemarkt zum Bauplatz. Das Wetter war schlecht und die Stimmung mies.



2.

Für die miese Demo können noch ein paar Entschuldigungsgründe angeführt werden. Zeitgleich fand eine Hausbesetzung in Ottensen statt und Flüchtlinge die auf den Schiffen in Neumühlen untergebracht sind, traten in Hungerstreik, um zum einen ihre Bedingungen zu verbessern und zum anderen gegen die rassistische Praxis von Behörden (und dem BRD-Alltag) zu protestieren.

Das Flugblatt, das zur Demo aufrief, legte es der/dem Lesenden auch nicht gerde nahe, sich den Demotermin vorzumerken. Inhaltlich eher etwas mager, werden die allseits bekannten Argumente gegen Umstrukturierung heruntergebetet (das auch nur halbherzig) und die Bedeutung des Hotelneubaus für das Karo-Viertel dargestellt. Ich wil jetzt nicht sagen, daß ich weiß wie's anders geht, nur:

3.

Die Demo hing einem alten Ideal nach, dem Ideal eine Stärke zu haben, aus der heraus ein Projekt wie das Hotel verhindert werden könnte. Diese Stärke wird jedoch nicht durch zwei oder drei durch und durch aktionistisch geprägte Aktionen heraus entwickelt. So lange keine Kontinuität oder kontinuierliche Diskussion den Protest gegen das Hotel trägt sind Demos (immer noch besser als keine Demos) dazu verdammt, Frust bei den TeilnehmerInnen hervorzurufen, an den faktischen Gegebenheiten jedoch nicht mal einen Kratzer zu hinterlassen.

Einen besonderen Ausdruck verlieh dann noch der Slogan "Bla-bla-bla" (Inhalt variierte je nachdem gegen Yuppies, nazis, Bullen) - "KEIN HOTEL!". Eine Situation, die mich wieder daran erinnerte, daß doch irgendwie alles zusammenhängt.

Und so war die ganze Demo!

4.

Zum Schluß die Moral:

Der Hotelbau an der Feldstraße berührt die Menschen, die im Karoviertel leben, unmittelbar. Es gibt nicht so viele Stadtteile (oder Teile von Stadtteilen) in Hamburg, wo soviele Menschen auf so wenig Raum leben wie im Karoviertel. Der Neubau von Luxusappartments oder Hotels, die die Menschen, die im Karo oder generell in St.Pauli leben, nicht bezahlen können und auch gar nicht bezahlen können sollen, weil sie nicht für sie bestimmt sind, ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die wohnungslos, mit einem Bein auf der Straße, bei berfeundeten WG's mehr oder minder auf dem Flur und immer auf gepackten Taschen mal hier, mal da leben.

Auch deswegen muß sich eine "Szenc", die ihr Selbstverständnis (z.T.) über die Stadtteile Schanze, Karo und St.Pauli bezieht, überlegen, wie sie dazu in die Puschen kommt.



Das Info aus der Flora
Nummer 22, Januar 1994

Der Kaffee wird langsam kalt! Hat das Döse eine Zukunft?

Das Stadtteil- und Infocafe Frau Döse ist am 12. Nov. 5 Jahre alt geworden. Das ist für uns natürlich ein Grund zu feiern. Gleichzeitig sind wir auch an einen Punkt gekommen, wo wir merken, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Unser bisheriges "Konzept", bzw. Praxis hat sich überholt, entspricht wahrscheinlich nicht mehr den realen Entwicklungen im Stadtteil. Die Folge ist, daß die, die sich noch verantwortlich fühlen (und das sind nicht mehr viele) zunehmend frustrierter sind und ans Aufhören denken. Damit das Döse nicht klammheimlich verschwindet und wir davon ausgehen, da die Zukunft unseres Stadtteilcafes noch andere als uns interessiert, wollen wir diesen Diskussionsprozess öffnen. Dies Papier ist ein erster Schritt dazu.

Rückblick

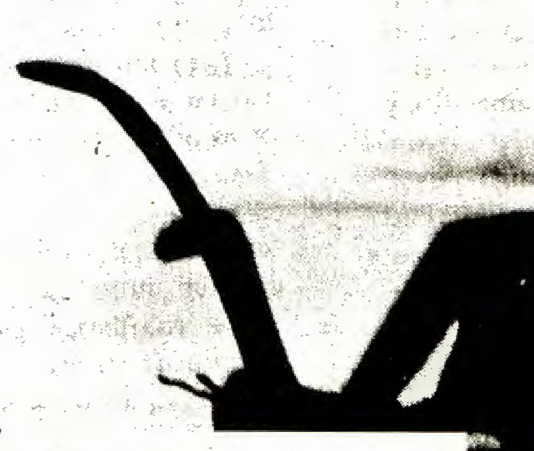
Diejenigen, die schon vor 5 Jahren im Viertel aktiv waren, werden sich daran erinnern, daß mit der Eröffnung des Döse ein großer Bedarf an selbstorganisierten, nichtkommerziellen Stadtteilräumen deutlich wurde. Die Rote Flora und Stadtteiletage gab es noch nicht, die damals zahlreichen Stadtteilgruppen und -Inis mussten sich meistens privat oder in Kneipenhinterzimmern treffen. Das Döse war nicht nur täglich geöffnet und meist vollbesetzt, sondern allabendlich von den Gruppen mietfrei genutzt. Das angestrebte Ziel politischer und nachbarschaftlicher Vernetzung klappte ganz gut und gleichzeitig wurden Überschüsse erwirtschaftet, mit denen andere Projekte oder die eigenen Stadtteilgruppen unterstützt werden konnten. Die BetreiberInnengruppe -die Ur-Muskatgruppe- war aber bald überfordert und ausgepowert durch den täglichen unentgeltlichen Tresendienst und zog sich aus dem Döse schrittweise zurück. Einige Gruppen übernahmen Tresenschichten, der Mittwoch wurde Frauen-, der Dienstag Männertag, montags Wasserturmini, samstags Schanzenini-West usw. Eine Orga-Gruppe bildete sich, die für Verwaltung, Buchhaltung und teilweise Einkauf zuständig sein sollte. Alle wichtigen Entscheidungen sollten und wurden auf dem monatlichen Plenum diskutiert und beschlossen. Die Verantwortlichkeit wurde also aufgeteilt, alle anfallenden Kosten sollten weiterhin über die Cafeeinnahmen gedeckt werden.

Es zeigten sich aber folgende Tendenzen:
- Viele der bisherigen und potentiellen "KundInnen" und NutzerInnen des Döse zog es mehr in die Rote Flora, die gerade eröffnet und aufgebaut wurde,
- Tragende Gruppen -wie die Frauengruppe, Schanzenini u.a.- lösten sich auf oder zogen sich aus dem Döse zurück, dadurch kam es zu sehr unregelmäßigen Öffnungszeiten und Einnahmen.
- Neue Gruppen, die gesucht wurden oder von sich aus kamen, waren nur kurzlebig, entwickelten keinen Bezug zum Döse und kamen mit der Verantwortlichkeit z.T. nicht klar, die das Konzept eines gruppengetragenen Cafes beinhaltet.
- Die Orga-gruppe, als personell kontinuierlichste Gruppe, wurde mit immer mehr Aufgaben und nervigem Kleinkram belastet, bzw. saß zeitweilig auf den Plena alleine da und fühlte sich für sämtliche Probleme verantwortlich.
- Das Plenum verflachte inhaltlich, der Orga-Kram nahm überhand, dringende Fragen nach Sinn und Zielen eines Stadtteilcafes wurden nicht diskutiert.
- In den Sommermonaten entstanden große Schuldenberge durch zu seltene und unregelmäßige Öffnung des Cafes.

Diese Tendenzen sind zum Teil auch allgemeine Entwicklungen, die fast überall zu beobachten sind: Vereinzelung, Rückzug ins Private, fehlende pol. und persönliche Perspektiven, Mutlosigkeit usw. Trotzdem gab es auch immer wieder Prozesse, die zumindest kurzfristig nach vorne gingen: Fürs Laue-Bündnis wurde das Döse zum wichtigen Treffpunkt und "Basislager". Das Männercafe veranstaltete eine inhaltlich interessante und gut besuchte Veranstaltungsreihe, die Freitagsgruppe sorgte für gemütliche Atmosphäre mit reichlich Kuchenangebot, ebenso die Sonntagsschichten mit Frühstück. Wir müssen aber feststellen, daß trotz günstigster Preise (seit 5 Jahren unverändert), viele frühere Gäste des Döse lieber zu Fritz Bauch oder in den Schanzenstern gehen. Vielleicht lockt dort das größere Angebot, der professionellere Service oder die größere Anonymität. Dinge, mit denen wir nicht konkurrieren können oder wollen. Auf der anderen Seite kommen zunehmend die Leute ins Cafe Döse, die eine Tasse Kaffee umsonst haben und sich aufwärmen wollen, weil sie kein Dach überm Kopf haben.



Neben dieser "Angebots-Konkurrenz" der kommerziellen Cafes und Kneipen fehlt es auch, bedingt durch die Wohnraumverknappung und -verteuerung und dem dadurch zurückgegangenen Zuzug jüngerer Leute ins Viertel, am potentiellen "Nachwuchs" fürs Döse, nämlich den Menschen, die noch zeitlich und beruflich ungebundener sind.



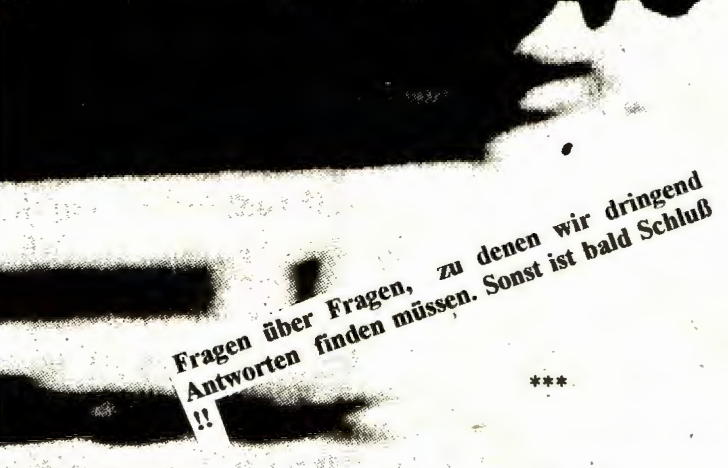
Auf diese Krisen, die die Existenz des Stadtteilcafes mehrfach und immer wiederkehrend bedrohten und infragestellten, wurde mit einigen Maßnahmen reagiert : - Es wurde versucht, einzelne Menschen für die Tresenschichten einzubinden. Dies ist weitgehend gescheitert und sehr mühevoll. -Die Orga-gruppe wurde vergrößert. Das war dringend notwendig. Es ist allerdings nicht allen gelungen, Verantwortung zu übernehmen. - Die Gruppen müssen entweder den Cafebetrieb unterstützen oder eine geringe monatliche Miete zahlen. - Es gibt keine verbilligten Gruppenpreise mehr. - Die Teilnahme von Gruppendeligierten am Plenum ist verbindlich und wird eingefordert. Eine Notmaßnahme der Orga-Gruppe, (leider!) - Eröffnung der Samstagskneipe, um finanziell über die Runden zu kommen. Diese Maßnahmen sind aber bei weitem nicht ausreichend, um eine längerfristige Existenz des Döse zu sichern. Die Probleme bleiben: Finanziell halten wir uns so gerade eben über Wasser, was ab 94 anders aussehen wird, weil wir ca. 260 DM mehr Miete im Monat zahlen müssen. Durch den erklärten oder faktischen Ausstieg mehrerer Leute ist und wird die Orga-gruppe wieder stark zusammenschrumpfen (Die letzte Renovierung wurde fast nur von 4 Orgaleuten bewältigt). Die verbliebenen Gruppen stehen in ihrem Fortbestand auf der Kippe bzw. werden von 2-3 Übriggebliebenen repräsentiert. Die Teilnahme am Plenum wird mehr als lästige Pflicht angesehen und findet kaum aus Interesse statt. Insgesamt also ein recht düsteres Bild und Aussichten, die es uns schwer machen, neue Leute fürs Döse zu gewinnen. Wir wollen nun diesen Entwicklungen nicht weiter tatenlos zusehen, sondern stellen uns und allen anderen Interessierten die Fragen:

1. Gibt es noch ein (relevantes) Interesse und Bedarf an einem Stadtteilcafe Döse? Wenn ja, von wem? Wie soll es aussehen?

2. Wie reagieren wir konzeptionell auf die veränderten Bedingungen? Ist das gleichberechtigte Plenumsprinzip noch sinnvoll oder muß die Orgagruppe zur zentralen Dösegruppe werden? Welche Inhalte sind uns wichtig? Was heißt überhaupt "Stadtteil-" oder "Info" Cafe? Wollen wir stärker nach außen treten? Mehr Öffentlichkeitsarbeit oder nicht?

3.Wie können wir uns finanziell absichern? Höhere Preise? Sparen? Mehr investieren? Kein kostenloser Eigenverbrauch mehr? Attraktiveres Angebot? Förderverein?

4. Welche Alternative räumliche Nutzung wäre vorstellbar? Friseursalon? Hundepsychatrie? Galerie? Döner-Imbiß ? Gemüseladen? Beziehungsberatungsbüro und Therapiezentrum für die Szene? Kinderhort? Absturzkneipe? Wohnprojekt?



Fragen über Fragen, zu denen wir dringend Antworten finden müssen. Sonst ist bald Schluß !!

***

Auf dem Plenum am 16.12. zur Situation des Café Döse wurde beschlossen, weiter zu machen. *die Red.*



Das Info aus der Flora
Nummer 22, Januar 1994

Infoladen in Stuttgart vom LKA durchsucht

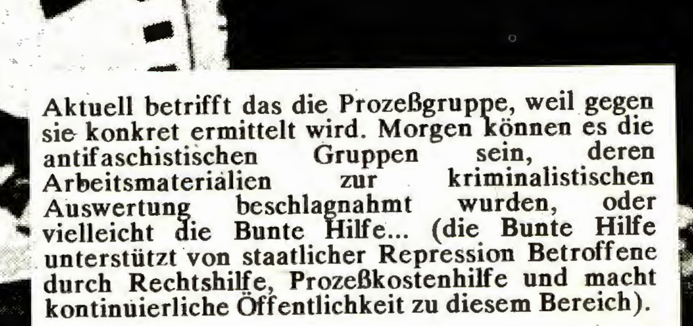
Stuttgart, den 16.12.93

Heute vormittag durchsuchten mehrere Beamte der Abteilung Staatsschutz den Infoladen in der Mörikestrasse, Stuttgart-Süd. Ein Teil der Mörikesrasse wurde von der Polizei für den Verkehr gesperrt, vor dem Gebäude Mörikestrasse 69 postierten sich mehrere Bereitschaftspolizisten. Die Türschlösser des Infoladens wurden gewaltsam aufgebrochen. Anwesenden BewohnerInnen der über dem Infoladen gelegenen Wohnungen verwehrten sie den Zutritt zum Infoladen und somit die Kontrolle während der stattfindenden Durchsuchung. Ebenso verweigerten sie jede Aussage über den Grund der Durchsuchungsaktion.
Nachdem die Polizeiaktion beendet war, fanden sich im Infoladen der Durchsuchungsbeschluß sowie die Listen der beschlagnahmten Gegenstände.
Aus dem Durchsuchungsbeschluß geht hervor, daß das Amtsgericht Stuttgart am 3.12.93 dem Antrag der Staatsanwaltschaft stattgegeben hat, die Räume des Infoladens zu durchsuchen, weil gegen "Unbekannt" wegen §90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) ermittelt wird. Gesucht weren Hinweise auf die "unbekannten Verfasser, Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der Druckschrift Prozeßinfo Nr.1 zum Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier, Gefangene aus der RAF". Als Verunglimpfung im Sinne des § 90a gewertet wird ein Zitat aus der Erklärung von Eva Haule, Gefangene aus der RAF:
"Deutlich wird daran nur wieder - wie in allen Maßnahmen gegen uns von Anfang an bis heute - die Vernichtungsstrategie des deutschen Staates, der den linken politischen Gegner mit allen Mitteln eliminieren will." (Erklärung zur Eröffnung eines erneuten Haftbefehles gegen E. Haule vom Frühjahr 1993)
Laut Liste umfaßt das beschlagnahmte Material ca. 25 Leitzordner, mehrere Nummern des "Angehörigen-Infos", einzelne Flugschriften und Broschüren. Unter den ca. 25 Leitzordnern befindet sich einer zum Häuserkampf in Stuttgart genauso, wie mindestens 7, in denen ausschließlich Material von antifaschistischen Gruppen enthalten ist. Beim Rest handelt es sich größtenteils um Arbeitsunterlagen aus den Bereichen Antirepression, Knast, Festnahmen usw. . Es ist nicht zu überprüfen, ob die Beschlagnahmeliste mit dem übereinstimmt, was mitgenommen wurde.

Wer im Dezember nach den "Herstellern, Verbreitern ..." eines Infos ermittelt, das im Sommer erschienen ist, hat zweifellos andere Gründe für seine Schnüffelei.

Das Zitat, das für den Tatbestand der Verunglimpfung herangezogen wird, ist sinngemäß in fast jeder linken Veröffentlichung zu finden.
Der Infoladen Heslach besteht seit mehr als 5 Jahren. Er ist ein Projekt, das von verschiedenen linken Zusammenhängen getragen und für ihre Arbeit genutzt wird. Ein reichhaltiges Angebot linker Broschüren, Bücher, Zeitungen... stehen Interessierten zum Kauf oder zur Lektüre bereit. Dadurch ist der Infoladen Anlaufstelle für Alle, die Interesse an linker Gegenöffentlichkeit und Information haben.

Die heutige Durchsuchung ist ein Versuch, den Infoladen zu kriminalisieren, seinen Bestand zu gefährden. Alle NutzerInnen und BenutzerInnen sollen eingeschüchtert, abgeschreckt und in ihrer Arbeit behindert werden.



Aktuell betrifft das die Prozeßgruppe, weil gegen sie konkret ermittelt wird. Morgen können es die antifaschistischen Gruppen sein, deren Arbeitsmaterialien zur kriminalistischen Auswertung beschlagnahmt wurden, oder vielleicht die Bunte Hilfe... (die Bunte Hilfe unterstützt von staatlicher Repression Betroffene durch Rechtshilfe, Prozeßkostenhilfe und macht kontinuierliche Öffentlichkeit zu diesem Bereich).

Es ist noch keine Woche vergangen, daß über die bürgerlichen Medien die Meldung ging, daß in der rechten Broschüre "Einblick" Adressen von linken Einrichtungen veröffentlicht wurden, verbunden mit der Aufforderung diese auszuspionieren und zu bekämpfen.
Und es ist nicht das erste Mal, daß die politisch Verantwortlichen den faschistischen Bodentrupps Schützenhilfe leisten. Eine Kriminalisierung linker Strukturen zu einem Zeitpunkt, wo diese verstärkt ins Visier rechter Agression rücken, ist in ihrer Wirkung eine solche Schützenhilfe.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES ERMITTLUNGSVERFAHRENS GEGEN DIE PROZESSGRUPPE
HERAUSGABE SÄMTLICHER BESCHLAGNAHMTER MATERIALIEN
KEINE KRIMINALISIERUNG DES INFOLADENS

Die NutzerInnen des Infoladens



REP-Treffen in Kiel verhindert

KIEL: AUTONOME ANTIFA VERHINDERTE EIN TREFFEN DES KREISVERBANDES DER "REPUBLIKANER" ZUR KOMMUNALWAHL 1994

Am Sontag, den 12.12.93 lud der Kreisverband Kiel der "Republikaner" zu einer Mitgliederversammlung ein, bei der die KandidatInnen zur Kommunalwahl 1994 in Schleswig-Holstein vorgestellt werden sollten.

Schon im Vorfeld wurde mit dem Pächter der Gaststätte gesprochen, bei dem sich die Republikaner unter privatem Namen angemeldet hatten. Dieser hatte die Versammlung wegen räumlicher Schwierigkeiten abgesagt. Am Sonntag-Nachmittag leitete die Kreisvorsitzende Ingeborg Ackermann ihre ankommenden Gäste zu einem anderen Lokal in der Kieler Innenstadt um. In diesem Lokal, dem"DAB-Krug" fanden schon öfters Veranstaltungen faschistischer Organisationen statt.

Die Republikaner wurden jedoch auch dort von der Antifa überrascht. Kurz nachdem sie sich im Hinterzimmer versammelt hatten, betraten ca. 40 AntifaschistInnen den Raum und beendeten die Veranstaltung energisch. Unverrichteter Dinge mußten die Kreisrepublikaner von dannen ziehen.

Die Polizei reagierte zu spät, dafür aber umso willkürlicher. Noch zwei Stunden nach der Aktion suchte sie in der Innenstadt nach "autonom aussehenden Menschen" und nahm wahllos Personalien auf.

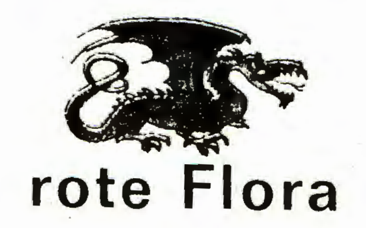
Infoladen Beau Rivage, Kiel.

STÄNDIGE TERMINE IN DER FLORA:

Cafe-Öffnungszeiten: täglich 16-22 Uhr

Mo	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	17.-20.00	Motorradgruppe
	19.00	Vokü
Di	18.00	Veranstaltungsgruppe
	20.00	Radio St. Paula (Plenum, nur für Frauen)
Mi	16.-20.00	Häusercafe
	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	21.00	jeden 1. Mittwoch im Monat: Offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel
Do	16.-21.00	Info-Cafe zur Roten Flora
	19.00	Vokü
Sa	16.-19.00	Fahrradselbsthilfe
So	19.30	14-tägig: vegane Vokü

Bei Fragen zur Raumvergabe Donnerstags zwischen 16 und 19 Uhr die freundliche Tresenschicht ansprechen!



rote Flora



22



Rote Flora im Januar

8.1. Disco, 22 Uhr.

14.1. Kinder-Fest: Mittlerweile zum zweiten Mal haben sich SchülerInnen der Fachschule für Sozialpädagogik Wagnerstraße zusammengetan, um ein Kinderfest zu organisieren. Diesmal findet jedoch das Fest im Erdgeschoß der Roten Flora statt und nicht wie im letzten Sommer auf der Straße. Außer verschiedenen Spielaktionen, wie z.B. Geschicklichkeitsspiele, Schminkstand, usw. wird es auch einen Spielzeug-Tauschmarkt geben. Für Musik, Essen und Trinken ist gesorgt. Also, kramt Eure alten Spielsachen raus, mitbringen - tauschen. Eingeladen sind alle Kinder und all diejenigen, die nicht erwachsen werden wollen. 15-18 Uhr, Eintritt frei! P.S.: Zieht Euch warm an! Die Räume sind schwer zu heizen!

15.1. Shanty Town Sound System, Basement, 22 Uhr.

18.1. Konzert: **Radiopuhelimet** (die finnischen Jesus Lizard) und **Ten Foot Pole** (Popcore aus L:A., ex- Scared Straight), Leoncavallo, 21 Uhr.

21.1. "Neue Soundtracks für den Volksempfänger" Vortrag und Diskussion (19.30 Uhr) mit Max Annas und Ralph Christoph, anschließend **Party** (HipHop, Soul, Ragga etc.), großer Saal.

Seit gut anderthalb Jahren sorgen sie durch ständige mediale Präsenz für Unterhaltung: Nazi-Rock-Bands wie "Störkraft", "Radikahl" und "Böhse Onkelz", die als Vertreter einer Kultur von jugendlichen Außenseitern präsentiert werden. Zusammenhänge mit der politischen und kulturellen Entwicklung in der Bundesrepublik werden dabei zumeist ausgeblendet. Nachdem die Welle der "Störkraft"-Titelstories mittlerweile ein wenig abgeebbt ist, da sich der Reiz verbraucht hat, geht man nun wieder zur "Normalität" über: Rehabilitierungskampagnen bestimmen das Bild, und die Stars sind nicht nur Musiker. "Böhse Onkelz", Ingo Hasselbach & Co. - zum aktuellen Stand der Debatte um diese "Herren" äußern sich die Herausgeber des Buches "Neue Soundtracks für den Volksempfänger" (Edition ID-Archiv), Max Annas und Ralph Christoph.

22.1. Dub Conference Solidisco für die Prozeßkosten des Gerhofstraßenprozesses, großer Saal, 21 Uhr.

29.1. Soundclash mit **Crucial Vibes Sound System** und **Irie Hifi**, großer Saal, 21 Uhr.

Vorschau Februar:

4.2. Disco (Techno) "Homosexuelle tanzen zu Maschinenlauten", 22 Uhr.

7.2. "Heiter bis Wolkig" Kabarett, großer Saal, 21 Uhr.

Sonstiges:

8.1. Konzert: **49 Crash** (Oslo), Störtebeker, 21 Uhr.

12.1. Multi-Kulti: Festschreibung des Rassismus?!
Autonome Vorlesungsreihe, Cafe Knallhart, HWP, 19 Uhr.

14.1. Solidisco für das Antirassistische Telefon, Motte.

14.1. Veranstaltung: **Freiheit für Irmgard Möller, Zusammenlegung der politischen Gefangenen!** Filme, Vorträge und Tanzveranstaltung. Veranstalterin: Wohlfahrtsausschuß. Westwerk, 20 Uhr.

19.1. Neue deutsche Außenpolitik in Osteuropa- Auf dem Weg zur Weltmacht. Autonome Vorlesungsreihe, Cafe Knallhart, HWP, 19 Uhr.

Radio Loretta im Januar (96 MHz):

12.1. Loretta im Klassenkampf. Sozialpolitisches Magazin: Der 'neue' Zwangsarbeitsdienst '94 für SozialhilfeempfängerInnen, der Solidarpakt '94 von Staat und Kapital. Tips zum Überleben und gemeinsamen Widerstand, 22 Uhr.

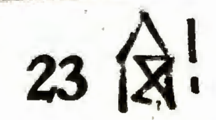
15.1. Bandportrait: Dog Faced Hermans, 21 Uhr.

17.1. Kurzwellenspecial über politische Undergroundsender, 22 Uhr.

19.1. 'En lucha de clases'- Baladre- Über den Marsch gegen Arbeitslosigkeit und Armut, der im Sommer '93 von Valencia nach Madrid führte (Drei TeilnehmerInnen berichten), 22 Uhr.

22.1. New York New Music. Elliott Sharp/Caroon Special, 21 Uhr.

24.1. El Salvador, 22 Uhr



Geld oder Leben

Leben

Das Stadtteilkulturzentrum Rote Flora ist aus dem Widerstand gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen der Stadt Hamburg, vor allem aus dem Widerstand gegen das "Phantom der Oper", gewachsen. Die Flora ist seit dem 1. November 1989 rot und besetzt. Seitdem haben wir versucht, das Gebäude wieder soweit instandzusetzen, daß eine Nutzung möglich ist. Seit nunmehr vier Jahren treffen sich in dem Gebäude die verschiedensten Gruppen. Ein Teil der Räume wird kontinuierlich genutzt, z.B. die Siebdruckerei, die Fahrradselbsthilfe, die Offsetdruckerei, das Atelier, der Sport- und Theaterraum, das Archiv der sozialen Bewegungen, das Fotoarchiv, die Foodcoop, mehrere Übungsräume für Bands und die Motorradselbsthilfe. Andere Räumlichkeiten stehen unterschiedlichen politischen Gruppen für ihre Aktivitäten, sowie der Veranstaltungsgruppe, die regelmäßig Konzerte, Theatervorstellungen und Lesungen in der Flora organisiert, zur Verfügung.

Menschen, die für sich sonst wenig Freiraum in Hamburg sehen, kommen hierher. Hier lassen sich politische Standpunkte und Aktionen entwickeln und spitzen sich zu, bis politisches Handeln möglich wird. Der Ausbau des Hauses orientiert sich an unseren spontanen Einfällen und großen Plänen. Hier arbeiten wir ohne baupolizeiliche Vorschriften, marktwirtschaftliche Zwänge und ohne kulturpolitische Richtlinien.

Hier streiten wir uns.
Wir sind ordnungswidrig.
Wir erregen öffentliches Ärgernis.
Wir sind viele.
Wir könnten mehr sein.

Geld

Bisher hat sich die Rote Flora hauptsächlich aus den Einnahmen der Kulturveranstaltungen (Konzerte, Theater, Discos, etc.) finanziert. Das reicht aber hinten und vorne nicht, denn bei den bewußt niedrigen Eintrittspreisen bleibt nicht viel übrig für den Unterhalt des Hauses. Außerdem ist es vielen Bands und Theatergruppen bei aller Solidarität nicht zuzumuten, für teilweise 150,- DM oder noch weniger aufzutreten.

So kann es nicht weitergehen. Denn wenn wir unsere Idee von Gegenkultur nur durch "Kasse" bestimmen lassen, wird es bald keine Gegenkultur mehr sein.

Viele fragen uns, warum wir uns nicht vom Senat finanzieren lassen. Dagegen sprechen momentan zwei Gründe. Da wir keinen Vertrag haben, besteht gar nicht die Möglichkeit, regelmäßige Gelder zu kriegen. Zweitens denken wir, daß die Verhandlungen 92/93 mit dem Senat deutlich gemacht haben, daß unsere finanzielle Abhängigkeit immer wieder genutzt werden würde, um uns zu erpressen. Deshalb ist es wichtig, daß wir auf eigenen Füßen stehen.

Wir wollen versuchen, mindestens die Betriebskosten: Heizung, Strom, Wasser, etc., sowie einen Teil der Instandsetzung durch einen Förderverein abzudecken.





Geld oder Leben

Und jetzt seid doch bitte so reizend und werdet Fördermitglied im Verein Flora e.V.. Ihr hättet eine gute Tat getan, wir wären wieder ein bißchen reicher und könnten Konzerte veranstalten, Wände streichen und den Widerstand pflegen. Ihr hättet dann einen Grund mehr, in die Rote Flora zu kommen oder Euch einmal von uns durchs Gebäude führen zu lassen.

Und wenn Ihr es nicht schaffen solltet, ab und zu mal reinzugucken, würden wir Euch alle halbe Jahre einen Infobrief zuschicken.

Erklärung zur Fördermitgliedschaft

Hiermit erkläre ich mich bereit, dem Verein Flora e.V. für seine gemeinnützigen Zwecke einen regelmäßigen Förderbetrag zu zahlen.

Mein Förderbeitrag beträgt DM . . . . monatlich (zum 15.).

Die Fördermitgliedschaft ist jederzeit kündbar.

Name . . . .

Anschrift . . . .

Tel. (freiwillig) . . . .

Datum, Unterschrift . . . .

Zahlungsweise: O Dauerauftrag O Einzugsermächtigung

O Ich möchte jedes halbe Jahr den Rote Flora Rundbrief für Fördermitglieder bekommen

O Ich möchte eine Spendenbescheinigung (bitte nur wenn unbedingt nötig)

Zahlungsempfänger:	Konto:
Verein Flora e.V.	Flora e.V.
Schulterblatt 71	Kontonr. 12207608
20357 Hamburg	BLZ 201 900 03
	Hamburger Bank von 1861

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Verein Flora e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen für Förderbeiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Kontonr. . . . .

Konto Inhaber/in . . . .

bei (Geldinstitut) . . . .

Bankleitzahl . . . .

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

. . . .
Name

. . . .
Anschrift

. . . .
Ort, Datum, Unterschrift